

liberal

DEBATTEN ZUR FREIHEIT

www.libmag.de

Jetzt kostenfrei
abonnieren
(siehe Seite 55)



Aufs Maul geschaut

*Warum schlichte Wahrheiten
selten wahr sind.*

MIT BEITRÄGEN VON:

VINCE EBERT, KLAUS KINKEL,

KARL-HEINZ PAQUÉ, BORIS REITSCHUSTER

liberal

DEBATTEN ZUR FREIHEIT

www.libmag.de

Jetzt kostenfrei
abonnieren
(siehe Seite 55)



MIT BEITRÄGEN VON:

VINCE EBERT, KLAUS KINKEL,

KARL-HEINZ PAQUÉ, BORIS REITSCHUSTER

Jetzt kostenfrei
zum Download

liberal ist auch als iPad- oder Androidversion erhältlich und enthält multimediales Zusatzmaterial:

[Bildergalerien](#) • [Audio\(slides\)](#) • [weiterführende Links](#) • [Videos](#)

www.libmag.de/abo/
oder QR-Code scannen





WENN PJ O'ROURKE
EINE DEMOKRATIN
UNTERSTÜTZT, IST DAS, ALS
HÄTTE DIETER HILDEBRANDT
AUFGERUFEN, FRANZ JOSEF
STRAUSS ZU WÄHLEN.

DAVID HARNASCH
CHEFREDAKTEUR

PJ O'Rourke ist ein amerikanischer Publizist und sehr lautstarker radikaler Fürsprecher der Republikanischen Partei. Als er im Mai beim linksliberalen öffentlichen Radionetzwerk NPR zu Gast war, kam es zu dieser bemerkenswerten Wahlempfehlung: „Ich habe eine Ankündigung zu machen. Ich meine, mein gesamter Lebenssinn liegt darin, NPR-Hörer zu verärgern. Egal, welche Position sie zu irgendeinem Thema einnehmen – ich stehe für die Gegenseite. Ich werde Hillary wählen. Ich unterstütze Hillary. Und all ihre Lügen und leeren Versprechungen. Sie ist das Zweitschlimmste, das diesem Land passieren könnte. Aber sie liegt sehr weit hinten mit ihrem zweiten Platz. Sie liegt bei absolut allem falsch – aber sie liegt falsch innerhalb normaler Maßstäbe. [...] Ich meine, dieser Mann kann einfach nicht Präsident der USA werden. Es gibt diesen Startknopf [für Atomraketen], der ist in einem Koffer, den wird er irgendwann finden.“

Wenn PJ O'Rourke eine Demokratin unterstützt, ist das, als hätte Dieter Hildebrandt aufgerufen, Franz Josef Strauß zu wählen. **Und seine Angst vor dem Megapolitisten Trump ist nicht unbegründet, denn der Erfolg solcher Politiker ist ein globales Phänomen:** Österreich ist haarscharf an einer FPÖ-Präsidentschaft Norbert Hofers vorbeigeschrammt, und der hätte aufgrund der Verfassung deutlich mehr Macht gehabt als der deutsche Bundespräsident. Der

ORF-Journalist Armin Wolf analysiert: „Die eigentliche Botschaft dieser Parteien ist im Kern keine rationale, sondern eine emotionale. Sie sagen den Leuten: Ihr seid Opfer, und wir sind die Einzigen, die euch verstehen. Wie wollen Sie dagegen rational vorgehen?“ Bevor man Strategien zum Umgang mit den Populisten entwickelt, muss man das Phänomen verstehen. Wir unternehmen den Versuch hierzu mit unserem aktuellen Schwerpunkt.

In wenigen Tagen stimmen die Briten über den Verbleib in der EU ab – und auch in dieser Diskussion könnten Gefühle über die Vernunft obsiegen. Ilka Schantz hat für uns durchgerechnet, wie sich ein Brexit konkret auswirken würde: „Deutschland würde mit Großbritannien einen wichtigen europäischen Partner mit klarem liberalem Kompass verlieren – nicht nur in finanz- und wirtschaftspolitischen Fragen, sondern auch mit einer Grundskepsis gegenüber der europäischen Bürokratie.“

Very british ist auch der Protest der Kleinunternehmer aus dem walisischen Dorf Crickhowell gegen die steuerliche Privilegierung von Großkonzernen, über den Jan-Philipp Hein berichtet: Statt Unterschriften zu sammeln oder ihren Parlamentsabgeordneten mit Protestbriefen einzudecken, haben sie sich zusammengesetzt, um dieselben Tricks anzuwenden, die hochbezahlte Konzernjuristen für internationale Multis ertüfelt haben – und die BBC eingeladen, das Experiment zu begleiten. ●

3

EDITORIAL

4

INHALT/IMPRESSUM



26

ZENTRALMOTIV
Berlins Spätis

28

MIERSCHS MYTHEN
Grün-schwarzes
Biedermeier

30

FUNDSTÜCK

30

WUTPROBE
Rette sich, wer kann

31

AUTOREN DER FREIHEIT
Marc Beise

51

BÜCHER

54 ⓘ

ZITATE DER FREIHEIT
Arthur C. Clark
 APP-VERSION

liberal ist auch als iPad-
und Androidversion
erhältlich und enthält
multimediales
Zusatzmaterial:

 Audio

 Bildergalerie

 Link

 Leseprobe

 Video


Überall in Europa, aber auch in den USA sind Populisten auf dem Vormarsch. Die Zahl ihrer Anhänger steigt, und sie verändern die politische Kultur. Politikwissenschaftler sind sich zwar nicht einig darüber, was genau ein Populist ist. Doch mit welchen manipulativen Tricks und phrasenhaften Argumenten sie arbeiten, lässt sich durchaus beobachten und analysieren. Wir zeigen, wie sich die selbst ernannten Volkshelden durchschauen und ihre Interessen entlarven lassen.

6

TRUMP ⓘ

Entgegen allen Prognosen ist der Milliardär in den USA vom Außenseiter zur politischen Kraft geworden – und zur Gefahr für die demokratische Kultur des Staats. Dabei basiert sein Erfolg zum großen Teil auf glatten Lügen.

VON MARCUS PINDUR

10

PUTIN ⓘ

Der russische Präsident ist ein Meister der Manipulation. Seine Fähigkeiten und sein persönliches Netzwerk von treuen Gefolgsleuten verdankt er dem KGB.

VON BORIS REITSCHUSTER

12

EBERT ⓘ

Unsere Psyche übertrumpft regelmäßig unsere Vernunft. Selbst bei politischen Wahlen entscheiden wir eher aus dem Bauch heraus als mit dem Kopf. Schuld daran ist der Neandertaler in uns.

VON VINCE EBERT

14

IRRTÜMER

Frauen verdienen weniger als Männer, E-Autos sind umweltfreundlich und der Islam überrollt Deutschland – nur weil das immer wieder behauptet wird, ist es nicht weniger falsch.

VON STEFAN KREITZWOLF





18 ALTERSVORSORGE

Die staatliche Rente ist alles andere als sicher. Karl-Heinz Paqué fordert daher grundlegende Reformen, um den demografischen Wandel zu meistern.

VON DAVID HARNASCH

22 UNGLEICHHEIT

Deutschland leide unter steigender finanzieller Ungleichheit, wird häufig behauptet. Doch wissenschaftlich belegen lässt sich das nicht.

VON LARS P. FELD UND CHRISTOPH M. SCHMIDT

24 BREXIT

Blieben sie oder verlassen sie die EU? Das Referendum der Briten wird zur Nagelprobe für Europa.

VON ILKA SCHANTZ



32 AFRIKA

Klassische Entwicklungshilfe konnte das große Potenzial des Kontinents nicht nachhaltig aktivieren. Nun übernehmen private Unternehmer diese Aufgabe.

VON CHRISTINE MATTAUCH

36 TANTE EMMA LTD.

Mit einer charmanten Idee protestieren Geschäftsleute im walisischen Crickhowell gegen die Steuertricks der Großkonzerne.

VON JAN-PHILIPP HEIN

38 ARMER STAAT

Das Portemonnaie des Finanzministers ist wie zugenäht, dabei sprudeln die Steuerquellen so reichlich wie nie. Zeit, dass die Bürger einen Ausgleich fordern.

VON KARL-HEINZ PAQUÉ



40 SCHAUSTELLERKINDER

Die Kinder der Schaustellerfamilie Schneider sind das gesamte Jahr unterwegs. Wie klappt es da mit der Schule? Besser, als man denkt – wenn alle Beteiligten flexibel sind.

VON ANNA BUSCH

44 SHIRLEY HOLMES

Das Beispiel der Berliner Band zeigt: Es lohnt sich, Zivilcourage zu zeigen, anstatt sich allein auf den Staat zu verlassen.

VON KATHARINA LOTTER

52 ARGUMENTIEREN STATT DIFFAMIEREN

Immer mehr Menschen glauben, sie hätten die Antworten auf alle Fragen. Zeit, den selbst ernannten Schlaumeiern couragiert zu sagen, wie gefährlich das ist.

VON WOLFGANG GERHARDT

ABSCHIED

Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit trauert um Hans-Dietrich Genscher Seite 46



liberal • Debatten zur Freiheit. Das Magazin der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit. Reinhardtstraße 12, 10117 Berlin
Telefon 030/28 87 78 51, Fax 030/28 87 78 49
www.libmag.de

Kontakt: leserbriefe@libmag.de; abo@libmag.de, redaktion@libmag.de

Begründet von Karl-Hermann Flach und Hans Wolfgang Rubin

Herausgegeben von Dr. Wolfgang Gerhardt, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué, Manfred Richter, Dr. Wolf-Dieter Zumpfort

Beirat: Dr. Bernd Klaus Buchholz, Karl-Ulrich Kuhlo, Helmut Markwort

Gesamtleitung: Kirstin Härtig

Redaktion Friedrich-Naumann-Stiftung

für die Freiheit: David Harnasch (Chefredakteur, v.i.S.d.P.), Thomas Volkmann

Autoren dieser Ausgabe: Marc Beise, Gideon Böss, Anna Busch, Vince Ebert, Boris Eichler, Lars P. Feld, Wolfgang Gerhardt, David Harnasch, Jan-Philipp Hein, Klaus Kinkel, Stefan Kreitewolf, Katharina Lotter, Christine Mattauch, Michael Miersch, Karl-Heinz Paqué, Marcus Pindur, Boris Reitschuster, Ilka Schantz, Christoph M. Schmidt, Thomas Volkmann

Gesamtherstellung:

planet c GmbH
Kasernenstraße 69, 40213 Düsseldorf
Postfach 10 11 02, 40002 Düsseldorf
Tel.: 0211/542 27-700, www.planetc.co

Verlagsgeschäftsführung: Andrea Wasmuth (Vorsitzende), Thorsten Giersch, Holger Löwe

Redaktionsleitung: Florian Flicke

Gestaltung: Ernst Merheim, Andrea Goerke (Grafik), Achim Meissner (Bildredaktion), Ernst Merheim (Titelbild)

Projektleitung: Jana Teimann

Anzeigen: Tatjana Moos-Kampermann, Tel. 0211/542 27-671, t.moos@planetc.co (Leitung),

Georgios Giavanoglou, Tel. 0211/542 27-663, g.giavanoglou@planetc.co (Anzeigen-Marketing), Christine Wiechert, Tel. 0211/542 27-672, c.wiechert@planetc.co (Disposition)

Litho: TiMe GmbH

Druck: Bechtle Druck & Service GmbH & Co. KG
Zeppelinstraße 116, 73730 Esslingen

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung von Herausgeber und Redaktion wieder.

Vertrieb: DPV Network GmbH, www.dpv.de

Bezugsbedingungen: Abonnement bis auf Widerruf kostenfrei; Preis des Einzelheftes 2,90 Euro (Inlandspreis, zzgl. 2,50 Euro Porto und Verpackung). Näheres über abo@libmag.de

liberal im kostenlosen Abonnement: alles dazu auf Seite 55

Begünstigt durch die Krisen der vergangenen Jahre feiert ein gefährlicher Politikertypus weltweit große Erfolge und Wiederauferstehung: Der Populist muss nicht um Zustimmung für die Inhalte seiner Politik werben. Denn er hat schlicht keine. Er passt deshalb nicht in das gewohnte Rechts-links-Schema. Ihm geht es ausschließlich um die Macht und den Machterhalt. Dafür verspricht er, was die Bürger gerne hören wollen. Die Realität ist für ihn vollkommen irrelevant. Noch vor wenigen Jahren waren Hugo Chávez und Wladimir Putin die einzigen Populisten von Bedeutung; inzwischen ist ihr Politikstil auch in der Türkei angekommen, in unseren Nachbarländern und selbst in den deutschen Landesparlamenten. Mit Putin umzugehen hat Europa inzwischen gelernt, aber die „Putinisierung“ europäischer Staaten durch den Erfolg populistischer Parteien stellt die Gemeinschaft auf eine harte Probe. Gleichzeitig blicken wir mit Schauern über den Atlantik auf den lange völlig unterschätzten Protopopulisten Donald Trump. liberal beleuchtet das ebenso erschreckende wie faszinierende Phänomen Populismus im Schwerpunkt dieser Ausgabe.





WER HAT ANGST VOR DIESEM MANN?

Er ist im US-Vorwahlkampf stärkster Kandidat der Republikaner. Für viele ein GAU, aber deshalb nicht mehr ganz auszuschließen: ein US-Präsident namens Donald Trump. Der Einzug des „Wut-Predigers“ ins Weiße Haus hätte fatale Folgen – und verändert schon heute die politische Kultur.

// TEXT // **MARCUS PINDUR**

Eigentlich ist Donald Trump nicht die Karikatur eines verlogenen Politikers – er ist seine Verkörperung. Er, so heißt es bei seinen Anhängern, sei ja kein Politiker (der sich nur zufällig um das wichtigste politische Amt der Welt bewirbt), er sage lediglich, „wie es ist“. Er tut das Gegenteil: Er beschreibt die Welt so, wie er und seine Anhänger sie empfinden – das ist die Kunst des Populisten. Trump zielt auf das Rückenmark, nicht das Gehirn.

Lokale Ranschmeiße ohne Konsistenz

In West Virginia, einer der ärmeren Regionen in den USA, die seit drei Jahrzehnten unter dem Niedergang der Kohleindustrie leidet, schwingt Trump sich zum größten Fan der Kohlekumpel auf. In Iowa, wo viel Mais zur Ethanolgewinnung angebaut wird, ist er auf einmal für Biodiesel.

Unapologetische Fremdenfeindlichkeit

Dies ist ein zentraler Bestandteil des „Trumpismus“. Die Kehrseite des Umschmeichelns seines Publikums ist die Konstruktion von Sündenböcken.

Trumps Siegeszug startete mit einem pauschalen Vorwurf: Aus Mexiko kommen größtenteils Vergewaltiger und Drogendealer in die USA. Diese Steilthese ist mittlerweile ein Applausgarant bei jedem seiner Auftritte. Muslimen will er grundsätzlich die Einreise in die USA verbieten – eine Forderung, die der (republikanische!) Sprecher des Repräsentantenhauses, Paul Ryan, als „unamerikanisch“ zurückwies.

Frauenfeindlichkeit, persönliche Beleidigung

Die Beispiele sind Legion. Als die Moderatorin des TV-Senders Fox, Meghan Kelly, ihn zu konkreten misogynen Beschimpfungen befragen wollte, unterstellt Trump ihr später, sie habe wohl „geblutet“. Der Senator und frühere Präsidentschaftsbewerber John McCain sei kein Kriegsheld gewesen, weil er sich vom Vietcong hat gefangen nehmen lassen. Dabei hat McCain eine vorzeitige Entlassung aus dem Folterlager „Hanoi Hilton“, die ihm als Sohn eines Admirals angeboten wurde, abgelehnt. Jeb Bush sprach von einer „verleumderischen Attacke“ und Lindsey Graham, republikanischer Senator für den Bundesstaat South Carolina, erklärte, Trump sei ein „Volltrottel“ und nicht »

Fotos: The Washington Post/Getty Images; Fotolia



geeignet, amerikanischer Oberkommandeur, sprich: Präsident zu werden. Doch Trumps Umfragewerte steigen weiter!

Seinen Konkurrenten in den Vorwahlen heftete Trump stets beleidigende Attribute an: „low-energy Jeb, little Marco, lying Ted“. Auch für Hillary Clinton hat er eines parat: „crooked Hillary“, korrupte Hillary. Die *New York Times* berichtete, das Wahlkampfteam von Clinton stelle sich auf Debatten gegen einen Kandidaten ein, der ohne Politikinhalte, dafür aber umso mehr mit Schlägen unterhalb der Gürtellinie arbeite.

Außenpolitik nicht existent

Außenpolitik interessiert Trump nicht und er ist inhaltlich ahnungslos. Konsistent ist nur seine Idee, Amerika würde von der globalisierten Welt über den Tisch gezogen – beim Freihandel wie der Sicherheitspolitik. Ein außenpolitisches Expertenteam hatte er bis vor Kurzem nicht: Kein ernstzunehmender Außenpolitikexperte will für einen Kandidaten arbeiten, der die Bündnissysteme der USA auflösen will. Die Nato ist für Trump „obsolet“. Wie jedoch Chinas Ambitionen und russische Expansionen im Zaum gehalten werden sollen ohne die USA – Fehlanzeige. Und wie der sogenannte „Islamische Staat“ besiegt werden soll ohne Kooperation mit den Verbündeten im Nahen Osten und in Europa, auch das lässt Trump offen. Deutlich war nur sein Vorschlag, die Familien von

islamistischen Terroristen zu liquidieren. Keinen Zweifel lässt er daran, dass er einen Deal mit Putin für möglich hält – die Annexion der Krim und Russlands Angriffskrieg in der Ukraine ließ er unerwähnt. Allein dies lässt schaudern.

Kaltblütiges Lügen

Als das Boulevard-Revolverblatt *National Enquirer* ein Foto veröffentlicht, das ohne weiteren Beleg angeblich den Vater von Ted Cruz, republikanischer Senator für den Staat Texas, in Gesellschaft von Lee Harvey Oswald zeigt, verleiht Trump dieser dreisten Unterstellung mittels einer „unschuldigen“ Frage Glaubwürdigkeit: Am Morgen nach der Veröffentlichung fragte er, warum das niemanden interessiere. Nun, weil der *National Enquirer* eine völlig unglaubwürdige Quelle ist. Die US-Pressesetze erlauben de facto dreiste Lügen.

Teams von exzellenten Journalisten recherchieren in den USA dem Wahrheitsgehalt von politischen Aussagen hinterher. Die Rubrik fact checking der *Washington Post* wertet zwischen 10 und 20 Prozent der Politikeraussagen als glatte Lüge. Donald Trump bringt es auf satte 70 Prozent.

Substanzlose Versprechen

Trump verspricht: Eine Mauer an der mexikanischen Grenze werde die illegale Einwanderung unterbinden – finanziert von Mexiko. Die dortige Regierung wies dies zu Recht als absurd zurück. Egal. Trump will

Auf Stimmenfang: Der Milliardär und US-Präidentchaftskandidaten Donald Trump sagt lediglich „wie es ist“ – etwa bei diesem Wahlkampfauftritt in Eugene (Oregon) Anfang Mai. Er beschreibt die Welt so, wie er und die wachsende Zahl seiner Anhänger es empfinden. Die Wahrheit interessiert ihn dabei recht wenig.

außerdem die geschätzt elf Millionen illegalen Einwanderer in den USA deportieren lassen, was alleine aufgrund der föderalen Verfassung der USA nicht in der Macht des Präsidenten steht. Er werde das amerikanische Militär zu neuer Größe bringen – doch Trump verspricht ebenso, die Gesamtverschuldung der USA von 19 Billionen Dollar innerhalb von acht Jahren auf null zurückzufahren – und gleichzeitig die Steuern zu senken.

Rückkehr in die 1960er-Jahre

Das Politikangebot Trumps ist umso zynischer, als es denjenigen nicht helfen wird, die auf ihn vertrauen: Geringqualifizierte und Globalisierungsverlierer. Ihnen helfen nur Bildung und Mobilität, keine Handelskriege. Das von Trump viel geschmähte Nafta-Abkommen, das 1996 geschlossene Freihandelsabkommen zwischen den USA, Kanada und Mexikon bietet dafür bereits erste, wenn auch vielleicht ausbaufähige Ansätze. Das unterschlägt Trump. Er verspricht die Rückkehr in die 1960er-Jahre – nur ohne Vietnam-Krieg. Darin ähneln sich die Vorstellungen des Rechtspopulisten Trump und des Linkspopulisten Sanders.

In den vergangenen zwei Jahrhunderten hat es mehrere populistische Bewegungen in den USA gegeben. Sie veränderten das politische Spielfeld, aber keiner gelang es, die amerikanische Demokratie auszuhebeln.

Vieles spricht gegen Trumps Wahlchancen im November: Er hat viele Wählergruppen verschreckt, die er braucht, will er die Präsidentschaftswahl gewinnen. Etwa 60 Prozent der weiblichen Wähler sind gegen ihn eingestellt. Die Latino-Wähler nehmen ihm die pauschale Diffamierung übel. Schwarze Wähler wollen zu über 90 Prozent Hillary Clinton wählen. Zwei Drittel der gesamten Wähler geben an, dass sie Trump nicht mögen, ein negativer Rekordwert.

Seine republikanischen Rivalen zu schlagen war das eine. Hillary Clinton zu schlagen wird eine sehr viel schwierigere Aufgabe. Vieles spricht dafür, dass er daran scheitert. Ausgeschlossen ist es jedoch nicht. Es bleibt zu hoffen, dass der Flirt der USA mit dem Trump'schen Populismus eine vorübergehende Phase ist. ●



MARCUS PINDUR ist seit 2012 USA-Korrespondent des Deutschlandradios. Der studierte Historiker und Politologe (FU Berlin und Tulane University New Orleans) war von 1997 bis 1998 Politischer Referent („legislative assistant“) im U.S. House of Representatives.
redaktion@libmag.de



Der Ur-Populist Amerikas

Adlernase, hohe Stirn, entschlossener Blick: **William Jennings Bryan** war eine eindrucksvolle Erscheinung und ein großer Rhetoriker. Der 1860 geborene Farmersohn aus Illinois gilt als der Mann, der den Populismus in die US-amerikanische Politik eingeführt hat. Pathetisch, provozierend und mit wenig Blick auf die Konsequenzen verfolgte er seine Ziele – etwa das Verbot von Alkohol, das zur Prohibition und damit zur Blüte des organisierten Verbrechens führte. Wie viele Populisten wollte er echte Probleme mit falschen Mitteln kurieren: So bekämpfte er den Goldstandard, weil er in ihm die Ursache für die Armut der Bauern sah. Legendär sein Auftritt auf einem Parteitag der Demokraten, bei dem er die Arme ausbreitete wie Jesus und rief: „Du sollst die Menschheit nicht ans Kreuz des Goldes schlagen.“ Seine Idee, die Geldmenge durch Zulassung von Silbermünzen auszuweiten, hätte jedoch lediglich Inflation ausgelöst. Er schaffte es 1891 als Abgeordneter von Nebraska ins Repräsentantenhaus. Als Präsidentschaftskandidat allerdings verlor er, wenn auch knapp, obwohl er dreimal antrat. Von 1913 bis 1915 versuchte er als Außenminister unter Woodrow Wilson erfolglos, den Ausbruch des Ersten Weltkriegs zu verhindern. Bis zu seinem Tod 1925 bekämpfte der Presbyterianer die Darwinsche Evolutionstheorie. Als er in einem Gerichtsverfahren gefragt wurde, warum andere Religionen die Sintflut nicht erwähnten, antwortete er mit einem Satz, der von heutigen Populisten stammen könnte: „Ich habe es nie für nötig befunden, andere Religionen zu studieren. Das Christentum reicht mir völlig aus.“

HOCHAMT DES POPULISMUS



Gekonnt fallen: Ein Populist wie Putin weiß, dass es vorteilhaft ist, im passenden Moment auch mal Schwäche zu zeigen und sich wie hier beim Eishockey spielerisch auf den Hosenboden zu setzen.

An der KGB-Hochschule in Moskau lernte der junge Wladimir Putin, wie man sich ideal auf jedes Gegenüber einstellt. Das Know-how von damals hat der russische Präsident inzwischen zu höchster Vollendung gebracht. Annäherung an ein Polit-Chamäleon, dessen Konstanten Pragmatismus und Opportunismus lauten. // TEXT // **BORIS REITSCHUSTER**



Ob Atheist oder orthodoxer Christ, ob Kommunist oder Marktwirtschaftler, ob Demokrat oder Anhänger von straffer Führung – Wladimir Putin versteht es im direkten Gespräch, jedem das Gefühl zu geben, er sei auf seiner Seite, wie ein ehemaliger Weggefährte aus Petersburg berichtet.

Derartige Meisterschaft legt der russische Präsident nicht nur im Umgang mit Einzelnen an den Tag – sein ganzer Politikstil ist geprägt vom Versuch, es so vielen Gruppen wie möglich recht zu machen. In Sachen Populismus hat Putin eine Meisterschaft errungen, die westliche Widerparts wie Horst Seehofer vor Neid erblassen lässt.

Putin kommt dabei zugute, dass er wie ein unbeschriebenes Blatt frei von politischen Grundüberzeugungen und politischer Ausrichtung agiert – was nur möglich ist in einer politischen Landschaft, die nach 70 Jahren kommunistischer Diktatur nie wirklich Konturen bekommen hat. Putin kam als Nachfolger Jelzins 1999 ohne Programm in den Kreml, und auch die Wahlen 2000 gewann er, ohne für irgendeine Politik zu stehen: Sein Programm, so meinte er damals, werde er nach der Wahl vorstellen.

Pragmatismus und Opportunismus sind die Konstanten in Putins Politik – ebenso wie ein strammer, zum Chauvinismus neigender Nationalismus, der in 70 Jahren sowjetischer „Patriotismus-Erziehung“ zum Grundkonsens wurde. „Er gibt sich dem Populismus hin, indem er die rechtsnihilistische und nach außen expansionistische ‚russische Welt‘ massiv stützt“, schreibt Jerzy Mackow sehr treffend in seinem Buch „Die Ukraine-Krise ist eine Krise Europas“. Wie Putin die nationalistischen Stimmungen bedient und fördert, hat absurde Züge: Er führte die beliebte alte

Stalin-Hymne wieder ein, allerdings mit einem neuen, inhaltsleeren Text. Er behielt die neue russische Fahne, die für den demokratischen Umbruch stand, setzt aber gleichzeitig auf alte sowjetische und zaristische Symbolik. Im Land entstehen wieder Stalin-Denkmäler – gleichzeitig aber auch welche für den Zaren. Für jede Weltanschauung ist etwas geboten in Putins Welt.

Auch die Botschaften fürs Ausland und Inland unterscheiden sich. Lenin habe Russland auf dem Gewissen, sagte der Kremlchef im Januar – für den Hausgebrauch in Russland, wo die meisten trotz aller (N)Ostalgie die Nase voll haben vom Kommunismus. „Putin sympathisiert mit den kommunistischen Ideen“, meldete dagegen kurz darauf Putins Auslandsorgan *Sputnik*. Für jedes Publikum eine maßgeschneiderte Botschaft.

Putin hofiert Rechte wie Linke

Diese Janusköpfigkeit ist fast schon eine Weiterentwicklung des Populismus – die wohl durch Putins KGB-Ausbildung begünstigt wurde. Nicht einmal Horst Seehofer käme auf die Idee, Linke wie Rechte gleichzeitig zu umschwärmen. Putin indes gilt bei den Rechtspopulisten in Europa ebenso als Vorbild und Idol wie bei den Linken. Der Erfolg bei Letzteren hat tragikomische Züge. Viele Anhänger des Sozialismus verstehen dank Putins Maskerade nicht, dass er für das Gegenteil ihrer Grundüberzeugungen steht: einen mafiös geprägten Staatskapitalismus ohne soziale Elemente und Spielregeln.

Logischer ist hingegen Putins Anziehungskraft bei den Rechten: Ob beim Posieren mit nacktem Oberkörper oder beim Imponiergehabe mit Tiger – der Kremlchef inszeniert sich als „nationaler Führer“. Er steht für strammes Durchregieren und

Kommandieren statt für Diskussionen und Kompromisse – und verkörpert so geradezu die Sehnsucht nach starker Führung statt nach schwierigen demokratischen Prozessen. Homophobie und Antiamerikanismus als Ideologieersatz tun ein Übriges – ebenso wie die Berufung auf vermeintliche traditionelle Werte: Viele durchschauen nicht, dass es sich dabei um einen Treppenwitz der Geschichte handelt, wenn ausgerechnet die Gesellschaft, die nach Jahrzehnten Diktatur den Bezug zu den eigenen Traditionen und Wurzeln verloren hat, sich jetzt als deren Bewahrer aufspielen will.

Putin hat Politik durch Populismus ersetzt. Ob Wahlen, Parlament, Gerichte – die demokratischen Institutionen sind zur puren Fassade verkommen, zu Karikaturen ihrer selbst. An die Stelle öffentlicher politischer Prozesse treten Kremlintrigen – und Inszenierungen. Putins berühmte „Pressekonferenzen“ und sein „heißer Draht“ zur Bevölkerung sind in Wirklichkeit nichts anderes als Hoheämter des Populismus. Den definiert der Duden wie folgt: „Von Opportunismus geprägte, volksnahe, oft demagogische Politik, die das Ziel hat, durch Dramatisierung der politischen Lage die Gunst der Massen zu gewinnen.“ Derart ungeschminkt und durchsichtig wie bei dem Kremlchef ist das selten zu beobachten. Das ist alarmierend – und erklärt die Anziehungskraft des Systems Putin – auch bei vielen Deutschen. ●



BORIS REITSCHUSTER leitete von 1999 bis 2015 das Büro des *Focus* in Moskau und gilt als einer der führenden Russland-Experten in Deutschland. Er schrieb mehrere Bücher über Putins Russland, zuletzt „Putins verdeckter Krieg“. redaktion@libmag.de

DER POPULIST IN UNS

// TEXT // VINCE EBERT

Vor einigen Jahren machte der Psychologe Alexander Todorov von der Princeton University einen bemerkenswerten Test: Er zeigte seinen Studenten für einen kurzen Augenblick Porträtfotos von jeweils zwei ihnen unbekannten Männern und forderte sie dann auf, spontan zu entscheiden, welche der beiden Personen in ihren Augen kompetenter wirkt. Was die Studenten nicht wussten: Bei den Paarungen handelte es sich um reale Politiker, die bei unterschiedlichen Wahlen gegeneinander antraten. Das verstörende Ergebnis: In 70 Prozent aller Fälle entsprachen die Entscheidungen der Studenten dem tatsächlichen Wahlgewinner! Nicht, weil er möglicherweise kompetenter als sein Gegner war. Sondern weil er den Wählern lediglich kompetenter erschien!

Selbst bei so etwas Wichtigem wie einer politischen Wahl spielen für uns Rationalität und logische Argumente offenbar eine untergeordnete Rolle. Vernunft kann uns davor bewahren, als kompletter Idiot dazustehen, aber sie wird uns nicht davon abhalten, unsere Stimme einer Flachpfeife mit tollem Haarschnitt zu geben. Der Grund: Evolutionsbiologisch ist unser Gehirn nicht primär für die Wahrheitsfindung konstruiert. Genau genommen ist unserem Gehirn die Wahrheit vollkommen wurscht. Es hat sich nicht entwickelt, um herauszufinden, ob die Erde eine Scheibe, eine Kugel oder ein Rotationsellipsoid ist, sondern um in einer überschaubaren Gruppe von 30, 40 Menschen inmitten von Bäumen, Felsen und Säbelzahn Tigern überleben zu können – und nicht in einer Welt mit Handytarifen, Körperfettwaagen oder

Der rationale Individualist, der in der Steinzeit sein eigenes Ding machte, ist im Zweifel vom Säbelzahn Tiger gefressen worden.





mobilen Brezelverkäufern, die in Kassel-Wilhelmshöhe zusteigen.

Zwar können wir inzwischen alle Informationen, Hintergründe und Daten in Windeseile abrufen. Dadurch sind wir theoretisch in der Lage, die meisten unserer Einstellungen, Meinungen und Ansichten mithilfe von objektiven Fakten zu überprüfen. Doch tatsächlich vertrauen wir nach wie vor bei den meisten Dingen dem intuitiven Steinzeitmenschen in uns. Der rationale Individualist, der in der Steinzeit sein eigenes Ding machte, ist im Zweifel vom Säbelzahn tiger gefressen worden. Von dem stammen wir nicht ab. Wir stammen von denen ab, die abends in der Höhle am Lagerfeuer saßen und mit großen Augen einem Typen zuhörten, der mit einem Tierschädel auf dem Kopf herumgetanzt ist und dabei abstruse Zauberformeln gesungen hat. Heute ist dieser Brauch als Fronleichnamspzession bekannt – der Christopher Street Day der Katholiken.

Eigene Erfahrung übertrumpft Statistiken

Dadurch glauben wir nicht unbedingt das, was wahr ist, sondern, das, was sich wahr anfühlt. Wenn zum Beispiel Statistik gegen Geschichten antritt, verlieren die Zahlen. Persönliche Erfahrungen schlagen die robustesten Doppelblindstudien. Da können Sie noch so wissenschaftliche, seriöse, randomisierte, placebo-kontrollierte Metastudien anführen, sobald einer am Tisch sagt: „Isch hab’ meim Hund letzte Woch’ Annika D30 gegebbe, un seitdem is sei Durchfall wie weggeblase ...“, erntet er anerkennendes Kopfnicken. Das klappt allerdings nur, wenn er sympathisch und vertrauenerweckend ist. Als RWE-Manager sollten Sie es auf jeden Fall vermeiden, bei Anne Will in die Runde zu rufen: „Also die Neurodermitis von unserem Jan-Niklas ist deutlich besser geworden, seit ich ihn einmal pro Woche ins Abklingbecken von Biblis tauche ...“

Zahlen und Statistiken liefern zwar wertvolle Erkenntnisse, aber sie überzeugen uns eher wenig. Spektakuläre, zu Herzen gehende Einzelfälle oder Anekdoten liefern keinen grundsätzlichen Erkenntniswert, aber sie überzeugen die Menschen. Das ist sogar

statistisch nachgewiesen. Aber Statistik wiederum überzeugt die Leute ja nicht.

Bei den meisten unserer Ansichten pfeifen wir auf Fakten, wir glauben einfach. Und wir glauben vornehmlich das, was emotional besetzt ist oder was sich gut anfühlt. Wäre es nicht schön, wenn sich mit billigen Zuckerkügelchen Krankheiten heilen ließen? Wenn wir essen könnten, so viel wir wollen, und trotzdem nicht dick werden? Wenn wir mit Sonne und Wind eine ganze Industrienation versorgen könnten? Das wäre doch super! Deshalb fallen wir auf jeden Quatsch rein, der zu gut ist, um wahr zu sein, und halten auch dann mit voller Überzeugung an Dingen fest, die realistisch betrachtet ziemlich schräg sind. Waaas? Du hast allen Ernstes 20.000 Euro für eine Ausbildung zum Forellenflüsterer ausgegeben? Wiiiieee? Zehn Jahre mit diesem Arschloch, und du bringst es nicht fertig, dich zu trennen? Häää? 300 Milliarden Euro Hilfgelder und Athen ist immer noch pleite?

Es sind nicht Unwissen oder mangelnde Intelligenz, die so viele Menschen Irrtümern, Mythen oder Populisten hinterherhängen lassen. Es ist unser emotional geprägter Steinzeitmensch, der uns so oft in die Bredouille bringt. Nicht das, was wir wissen, bereitet uns Schwierigkeiten, sondern das, was wir so gerne glauben wollen. Kinder zum Beispiel glauben nicht deswegen an den Weihnachtsmann, weil sie naiv oder dumm sind. Sie glauben daran, weil sie ihre Informationen von Quellen haben, denen sie vertrauen: ihren Eltern. Welche vertrauensvollen Quellen haben Sie? ●

ZUR PERSON

Der Kabarettist und Autor **VINCE EBERT** (48) ist sozusagen von Berufs wegen Populist. Er reist landauf und landab, um die Menschen zu unterhalten, aber ihnen auch etwas Wissenswertes mit auf den Weg zu geben. Zurzeit tut er das mit seinem Soloprogramm EVOLUTION. Zusammen mit Eric Mayer ist er mit dem Programm „Schlau hoch 2 – Vince und Eric reisen zu den Sternen, eine Wissensshow für Familien“ unterwegs. Ein besonderes Anliegen ist es ihm, dass bei Kindern und Jugendlichen die Begeisterung für Naturwissenschaften geweckt wird, und ihnen mathematisch-naturwissenschaftliches Grundwissen zu vermitteln. „Wer nicht rechnen kann, muss mit dem Schlimmsten rechnen“, findet er.



OFT WIEDERHOLT — UND DOCH SO FALSCH

Populistische Forderungen schießen oft über das Ziel hinaus. Obwohl sie selten wahr sind oder bestenfalls nur einen Teil der Wahrheit enthalten, werden sie gern häufig und prominent wiederholt. Ein Überblick über neun wohlfeile Forderungen — und wie die Realität dazu aussieht. // TEXT // **STEFAN KREITWOLF**

Fotos: Getty Images Europe, A. Ildorado/Fotolia



Falsche Propheten: Rechtspopulisten wie Björn Höcke, AfD-Fraktionschef im Thüringer Landtag — hier auf einer Veranstaltung —, agitieren gegen eine vermeintliche Islamisierung Deutschlands. Sie machen sich die Tatsache zunutze, dass die Hälfte aller Bürger ihre Ängste auf den Islam projiziert.

1. „Deutschland ist und bleibt gentechnikfrei.“

Falsch. Auch die Deutschen konsumieren täglich Tausende von Lebensmitteln, die gentechnisch erzeugte Bestandteile enthalten oder mit gentechnischen Verfahren hergestellt wurden. Enzyme, Aminosäuren, Vitamine und andere Inhaltsstoffe – das alles wird längst mithilfe der Gentechnik hergestellt. Sie ist aus der Lebensmittelproduktion nicht mehr wegzudenken. So wird Lab – ein Enzym, das für die Käseherstellung notwendig ist und früher ausschließlich aus Kälbermägen hergestellt werden konnte – heute häufig aus gentechnisch veränderten Mikroorganismen erzeugt. Auch Soja – Hauptbestandteil des Kraftfutters für Milchkühe, Mastbullen, Schweine und Hühner – stammt inzwischen aus gentechnisch veränderten Pflanzen. Die Milch und das Rindfleisch, das deutsche Konsumenten verzehren, enthält also zumindest Spuren von Gentechnik. Übrigens: Selbst Medikamente werden auf diese Weise erzeugt. Das bekannteste ist wohl Insulin für Diabetiker.

2. „Frauen verdienen viel weniger als Männer.“

Das stimmt nur bedingt. Zwar fordern seit Jahren vor allem linke Ökonomen kräftige Lohnzuwächse für Frauen. Dabei existiert real gar „keine nennenswert große Lücke zwischen den Löhnen von Frauen und Männern“, belegt eine aktuelle Studie des Instituts für angewandte Arbeitswissen-



schaft (ifaa). Bei der Berechnung der Lohnunterschiede durch das Statistische Bundesamt würden entscheidende Faktoren meist nicht berücksichtigt, so die Kritik der Düsseldorfer ifaa-Wissenschaftler. Dazu gehören laut Sven Hille, dem ifaa-Leiter der Fachgruppe „Arbeitszeit und Vergütung“, Kriterien wie der höhere Anteil von Frauen in Teilzeitjobs, die Berufswahl – Frauen entscheiden sich häufig gegen Berufe mit höheren Verdienstchancen – sowie längere Unterbrechungen im Job – zum Beispiel durch eine Schwangerschaft.

3. „Der Bund soll Schulden machen, um Investitionen zu finanzieren.“

Falsch. Zwar fordert Verdi-Chef Frank Bsirske derzeit genau das. Aber neue Schulden für Investitionen und soziale Wohltaten zu machen ist alles andere als wohlbedacht und profitabel. Es geht auch ohne: Die Bundesregierung plant bis zum Jahr 2020 deutliche Mehrausgaben, will aber auch in den kommenden Jahren ohne neue Schulden auskommen. Selbst die Flüchtlingskrise soll Wolfgang Schäubles heiß geliebte schwarze Null nicht gefährden. Deswegen wird das zur Verfügung stehende Geld umverteilt. Außerdem will Finanzminister Schäuble den Überschuss des Jahres 2015 in Höhe von rund zwölf Milliarden Euro, den er ins laufende Jahr übertragen hat, für die Unterstützung von Flüchtlingen verwenden. »

4. „Elektrofahrzeuge sind umweltschonend und stoßen kaum schädliche Emissionen aus.“

Falsch. Bis 2020 sollten nach dem ursprünglich arg euphorischen Plan der Bundesregierung mindestens eine Million Elektrofahrzeuge auf Deutschlands Straßen fahren. Da dieses Ziel ob der hohen Preise der E-Autos und der entsprechend zögerlichen Nachfrage aber immer mehr aus dem Blickfeld verschwindet, macht die Politik, was sie in diesen Fällen immer macht: Sie greift in die Staatsschatulle. Bereits ab Mai 2016 fördert die Big-Spender-Koalition in Berlin den Kauf von E-Autos mit 4.000 Euro pro Fahrzeug, bei Plug-in-Hybridfahrzeugen sind es „nur“ 3.000 Euro. Immerhin soll die geförderte Autoindustrie die Hälfte der Kosten schultern. Marktwirtschaftlicher macht es den Subventionsirrsinn aber nicht. Und klimafreundlicher auch nicht: Elektroautos sind exakt so nachhaltig und umweltfreundlich wie der Strom, mit dem sie be-

tankt werden, erzeugt wird. Mit dem Atomausstieg stieg in Deutschland der Anteil an Kohlekraftwerken wieder deutlich an – und dass die Verstromung von eigens dafür angebautem Mais keine schlaue Idee war, ist inzwischen auch klar.

5. „Flüchtlinge lösen das demografische Problem.“

Das stimmt nur bedingt. Und zwar, wenn die Flüchtlinge deutlich jünger sind als der Durchschnitt der deutschen Bevölkerung. Schließlich treten die großen demografischen Lücken erst bei den unter 20-Jährigen auf. Gerade volljährige und jüngere Flüchtlinge kehren die Alterspyramide zwar um, aber sie stoppen nicht automatisch die Folgen des demografischen Wandels. Dazu müssen sie in den Arbeitsmarkt integriert werden, damit sie Beiträge in die zunehmend überforderten Rentenkasse einzahlen, anstatt von Sozialtransfers zu leben. Die Integration der Migranten in den Ar-

beitsmarkt gestaltet sich allerdings bislang schwierig, weil die Behörden den Prozess verlangsamen und die Neuankömmlinge erst Deutsch lernen müssen. Zudem steigt die Zahl der arbeitslos gemeldeten Flüchtlinge rasant an. Nach Zahlen der Bundesagentur für Arbeit meldeten sich im März 2016 123.000 Menschen aus den Fluchtländern arbeitslos – 79 Prozent mehr als im Vorjahr.

6. „Wirtschaftsflüchtlinge aus Südosteuropa müssen sofort abgeschoben werden.“

Falsch. Aus demografischer und wirtschaftlicher Sicht ist es fatal, wenn Migranten vom Balkan zurückgeschickt werden, weil keine gesetzlich anerkannten Asylgründe vorliegen. Häufig sind sie hoch qualifiziert. Nicht wenige wollen vom ersten Tag an arbeiten. Das ist schließlich das Ziel ihrer Reise. Überdies wären sie für die Wirtschaft leichter integrierbar als Menschen aus Afrika oder



In Deutschland leben lediglich vier Millionen Muslime. Die Chance, dass der Islam die Überhand gewinnt, ist bei einer deutschen Gesamtbevölkerung von 80 Millionen Menschen rein **statistisch sehr gering.**

dem arabischen Raum, denen Kenntnisse der Kultur, Schrift und Technik in größerem Umfang fehlen.

7 „Deutschland schafft sich ab. Der Islam gewinnt die Überhand!“

Falsch. Richtig ist: In Deutschland leben lediglich vier Millionen Muslime. Die Chance, dass der Islam die Überhand gewinnt, ist bei einer Gesamtbevölkerung von rund 80 Millionen Menschen also rein statistisch sehr gering. Schließlich entspricht das fünf Prozent der in Deutschland lebenden Menschen. Eine Islamisierung des Abendlandes ist also nicht abzusehen. Übrigens ist der Flüchtlingsstrom ebenfalls kein Argument für diese steile These. Knapp drei Viertel der Asylsuchenden 2015 flohen aus zehn Ländern. Von diesen wiederum kommt nicht einmal die Hälfte aus mehrheitlich muslimischen Staaten (Syrien, Afghanistan, Irak und Pakistan). Außerdem sind viele der in Deutschland angekommenen Muslime vor religiösen Fanatikern geflohen – dem IS in Syrien und im Irak, den Taliban in Afghanistan. Sie dürften wenig Interesse an einer Islamisierung Deutschlands haben. Vielmehr ist die Islamophobie, wie sie AfD, Pegida und Co. für sich instrumentalisieren, hausgemacht. Der Islam, das zeigen Studien der Bertelsmann Stiftung, ist für etwa die Hälfte der Deutschen lediglich eine Projektionsfläche ihrer Ängste.

8 „Es müssen mehr Kindergartenplätze zur Verfügung gestellt werden.“

Das stimmt nur bedingt. Denn Kindergärten stehen bestens da. Deutschland hat mit seinem Platzangebot in Kindergärten europaweit die Nase ganz vorn: Einer Studie der OECD zufolge besuchen 93 Prozent der Kinder in Deutschland zwischen drei und sechs Jahren eine solche Einrichtung. Damit liegt Deutschland knapp hinter Belgien (97 Prozent), Dänemark (96 Prozent) und Frankreich (94 Prozent) auf dem vierten Platz in Europa. Die europäische Durchschnittsquo-



Die Geldflut der EZB soll die Banken zur Kreditvergabe animieren. Das hat allerdings kaum funktioniert.

te beträgt 84 Prozent. Defizite gibt es in Deutschland allerdings noch bei den Ganztagskindergärten. Außerdem besteht vielerorts ein akut knappes Angebot an Kitaplätzen für jüngere Kinder. In Deutschland liegt die Quote der unter Dreijährigen, die in einer Kinderkrippe oder einer ähnlichen Einrichtung betreut werden, nur bei 18 Prozent. Das ist wenig. EU-weit liegt die Quote bei 26 Prozent.

9 „Die Geldpolitik der EZB animiert Banken dazu, mehr Kredite an Unternehmen und Verbraucher zu vergeben.“

Absolut falsch. Die Frankfurter Währungshüter um Mario Draghi haben den Banken Langzeitkredite zu unschlagbar attraktiven Konditionen eingeräumt und ihnen Staatsanleihen abgekauft. Die Geldflut der EZB soll die Banken zwar zur Kreditvergabe animieren. Das hat allerdings kaum funktioniert, wie eine Analyse des Finanzdienstes Bloomberg zeigt. Viele Institute ignorieren die EZB-Ziele und spekulieren stattdessen mit dem billigen Geld. Seit Juni 2014 knöpft die Europäische Zentralbank (EZB) den Geschäftsbanken zusätzlich Strafbzinsen ab, wenn sie überschüssige Einlagen bei der Zentralbank parken. Dennoch sind die Einlagen von Banken aus dem Euroraum bei der EZB seither um das Sechsfache gestiegen. Dagegen hat sich das Kreditvolumen in der Währungsunion im gleichen Zeitraum kaum verändert. Der Bloomberg-Analyse zufolge landeten von den 646 Milliarden Euro, um die die Bilanzen der Banken in dem Zeitraum gewachsen sind, rund 85 Prozent als Einlagen bei der Notenbank. ●



STEFAN KREITEWOLF ist zwar selbst noch nicht auf einen der populistischen Rattenfänger hereingefallen, beobachtet aber mit Vergnügen, wie Medien und Politik regelmäßig in die Fallen der Populisten jeglicher Couleur tappen. redaktion@libmag.de

MEHR AKTIEN, HÖHERE LÖHNE

Um die Rente zu sichern, brauchen wir neue Weichenstellungen. Ein
Gespräch mit Karl-Heinz Paqué über die Zukunft der Altersvorsorge.

// INTERVIEW // DAVID HARNASCH

Herr Paqué, „Die Rente ist sicher“ – so plakatierte das Norbert Blüm 1986 auf dem Bonner Marktplatz. Lag er falsch?

Ja natürlich, zumindest wenn er damit meinte, es bedürfte keiner grundlegenden Reform. Sein Satz wird deshalb heute zwar oft noch zitiert, aber eher mit einem milden nostalgischen Lächeln. Ein amtierender Arbeits- und Sozialminister hätte es besser wissen müssen.

Auch damals schon?

Durchaus, die Alterung der Gesellschaft und die steigende Lebenserwartung waren ja längst bekannt. Eine Rentenkasse, in der die heute Beschäftigten durch Beiträge die heutigen Rentner finanzieren, kommt irgendwann in Schwierigkeiten, wenn sich die Zahl der Rentner relativ zur Zahl der Beschäftigten immer mehr erhöht. Franz Müntefering sagte dazu im Jahr 2006 treffend: Dazu muss man kein Mathematiker sein, da reicht Grundschule Sauerland.

Was ist seither passiert?

Der demografische Trend ging weiter, im Wesentlichen wie erwartet: längere Lebenserwartung sowie Schrumpfung und Alte-

rung der Bevölkerung, die allerdings durch Zuwanderung mehr junger Menschen ein wenig langsamer ausfiel als prognostiziert.

Und die Politik?

Sie war keineswegs untätig. Noch Norbert Blüm selbst hatte ja 1997 das Rentenniveau von 70 auf 64 Prozent des Nettolohns gesenkt und einen sogenannten demografischen Faktor eingefügt. Anschließend wurde dann mehrfach weiter an den Rentenansprüchen herumgebastelt. Es kamen die Rente mit 67 (statt 65), die faktische Mindestrente per Grundsicherung sowie in jüngster Zeit die Mütterrente und die Rente mit 63 bei 45-jähriger Beitragszeit.

Was bedeutete all dies für die Rentenkasse?

In der Summe gab es in jüngerer Zeit pro Jahr zusätzliche Belastungen in zweistelliger Milliardenhöhe. Die Rente mit 67 ging noch in die richtige Richtung, alles, was danach folgte, in die falsche. Um die Sozialversicherung zu entlasten, übernahm der Bundeshaushalt einen immer größeren Teil der Finanzierung. Die staatlichen Transfers in die Rentenkassen belaufen sich inzwischen

auf mehr als 90 Milliarden Euro pro Jahr, je nachdem, wie man es genau berechnet, also auf fast ein Drittel des Haushaltsvolumens. Eigentlich ein unhaltbarer Zustand, fiskalisch und ordnungspolitisch: eine Rentenkasse, die am Tropf der Steuerzahler hängt.

Um dies zu ändern, wurde doch dann die „Riester-Rente“ eingeführt.

Ja, genau. Die „Riester-Rente“ war das erste Element der sogenannten Kapitaldeckung, bei der individuell für das Alter durch steuerbegünstigtes Ansparen Kapital gebildet wird. Dessen Erträge dienen später zur Aufbesserung der Rente. Davon machen inzwischen rund 15 Millionen Arbeitnehmer Gebrauch, also mehr als jeder dritte ...

... aber Sigmar Gabriel sagt, die „Riester-Rente“ sei gescheitert.

Das ist offenbar die Sicht der heute amtierenden Sozialdemokraten – im Unterschied zu Walter Riester selbst, der ja auch der SPD angehört. Sigmar Gabriel argumentiert, das niedrige Zinsniveau erschwere den Arbeitnehmern die ergänzende Vorsorge dramatisch, das zurückgelegte Kapital werfe einfach zu wenig ab. Man brauche deshalb eine



Zeitenwechsel: 1986 klebt der damalige Bundesarbeitsminister Norbert Blüm in Bonn das erste Plakat der Kampagne zur Sicherheit der Renten. Im Mai 2016 macht es ihm Hubertus Pellengahr, Geschäftsführer der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM), vor dem Brandenburger Tor in Berlin nach, um seinen kritischen Worten Publizität zu verschaffen.

grundlegende Reform – weg von der individuellen Vorsorge und hin zu noch mehr steuerlich finanzierter Umverteilung. Genau an solchen Ideen arbeitet Andrea Nahles mit Blick auf zukünftige Pläne der SPD. Sie sollen zu einem Kernpunkt des sozialdemokratischen Bundestagswahlkampfs 2017 werden.

Wie beurteilen Sie diese Pläne?

Richtig an der neuen Rentendiskussion ist nur die Problemdiagnose, oder sagen wir: ein Teil davon. Es spricht tatsächlich vieles dafür, dass die Renditen für sichere Anlagen auf Dauer sehr niedrig bleiben werden, und zwar sowohl nominal als auch real, also abzüglich der derzeit ebenfalls niedrigen Inflation. Der Grund dafür sind langfristige, nachhaltige und unumkehrbare Veränderungen im Spar- und Investitionsverhalten in der Weltwirtschaft.

Was genau meinen Sie damit?

Es geht um das, was gerne als Kapitalschwemme, als „savings glut“, bezeichnet wird: Die Weltbevölkerung altert und legt deshalb mehr Kapital zur Seite. Dies gilt für den reichen Teil der Welt genauso wie für den ärmeren,

wo es im Übrigen oft an vertrauenswürdigen Systemen der Sozialversicherung fehlt. Länder wie China und seine ostasiatischen Nachbarn, die wirtschaftlich schnell wachsen, haben deshalb hohe Sparquoten. Sie finanzieren dabei recht mühelos ihren eigenen Investitionsbedarf und exportieren noch zusätzliches Kapital auf die Weltmärkte, und zwar massiv. Hinzu kommt, dass der Kapitalbedarf bei Investitionen global »

„Eine Rentenkasse, in der die heute Beschäftigten durch Beiträge die heutigen Rentner finanzieren, **kommt irgendwann in Schwierigkeiten.**“



drastisch abnimmt, dank der technologischen Revolution der Mikroelektronik: Früher wurden gigantische Stahlwerke gebaut, heute sind es „smart investments“ in die Informationstechnologie und neues Wissen. Apple, Google und Facebook sind eben anders, als es zum Beispiel ThyssenKrupp je war. Und ThyssenKrupp selbst wird den Internet-Giganten immer ähnlicher, jedenfalls im Investitionsverhalten. Ergebnis dieser Trends: dauerhaft niedrige Zinsen für Triple-A-Anlagen, also etwa Staatsanleihen mit deutschem Bonitätsniveau.

Sind daran nicht auch die Zentralbanken schuld?

Das ist in der Wirtschaftswissenschaft höchst strittig. Zweifellos sorgen die Zentralbanken durch ihre expansive Geldpolitik kurzfristig für eine Liquiditätsschwemme, die den Anlagennotstand noch akzentuiert. Selbst wenn dem aber so ist, erscheint es sehr fraglich, ob wir langfristig jemals zu der alten Welt hoher Realzinsen für Triple-A-Anlagen zurückkehren werden. Denn die tief greifenden Trends der globalen Wirtschaft und Gesellschaft ändern sich nicht. Ich glaube, so weit sind sich auch die allermeisten Wirtschaftswissenschaftler einig. Jedenfalls muss sich die Politik auf dauerhaft niedrige Zinsen einstellen, auch mit Blick auf die Finanzierung der Renten.

Wie kann dies geschehen?

Die liberale Antwort lautet: durch mehr kluge Eigenverantwortung der Menschen, nicht durch mehr staatlichen Zwang. Zentrale Weichenstellung ist dabei eine veränderte Vermögensanlage. Extrem niedrige Renditen gibt es nämlich nur bei Staatsanleihen und anderen Triple-A-Anlagen, nicht aber bei Aktien und Anteilsscheinen bis hin zu Risikokapital. Im Gegenteil, wir beklagen in Deutschland zu Recht, dass es zu wenig Bereitschaft gibt, das Kapital in unternehmerisch vielversprechende Bereiche zu lenken. Der Grund dafür ist die weit verbreitete Angst, die Ersparnisse künftiger Rentner seien damit massiven Risiken des Wertverlusts ausgesetzt, eben weil die Risiken ja später zur Realität werden könnten. Diese Angst ist seit dem Ausbruch

„Von der Riester-Rente machen inzwischen rund 15 Millionen Arbeitnehmer Gebrauch, also **mehr als jeder dritte.**“



Bundesarbeitsminister Walter Riester hat mit der nach ihm benannten Rente das private, steuerlich geförderte Sparen zur Vermögensbildung für das Alter eingeführt. Hier äußerte er sich am 11. Mai 2001 vor dem Bundesrat zu dieser Rentenreform, die anschließend von der Länderkammer beschlossen wurde.

der Finanzkrise 2008 hierzulande eher noch größer geworden, als sie zuvor schon war.

Ist diese Angst denn nicht begründet?

Das Risiko ist sehr klein, wenn die unternehmerischen Anlageformen breit diversifiziert und über lange Zeiträume gehalten werden. Es geht um ein kluges, langfristiges Anlage-management, fernab jeder kurzfristigen Spekulation. Die Verwalter riesiger Universitätsvermögen in den Vereinigten Staaten machen seit Jahrzehnten vor, wie dies funktioniert. Sie erwirtschafteten über die letzten drei Jahrzehnte reale Renditen von acht bis zehn Prozent pro Jahr, weit mehr, als jemals mit festverzinslichen Staatspapieren möglich wäre. Und sie leisten sich dabei keine unvermeidbaren Risiken, denn der Forschungsbetrieb verlangt nach einem kontinuierlichen Mittelfluss. Kein Kurator des Stiftungsvermögens von Harvard, Yale und Stanford könnte es sich leisten, für einen nachhaltigen Einbruch der Erträge verantwortlich gemacht zu werden.

Glauben Sie wirklich, dass ein deutscher Pensionsfonds das Niveau an Professionalität der Stiftungsfonds von Harvard, Yale und Stanford erreichen kann?

Warum nicht? Sind die Deutschen etwa dümmer als die Amerikaner? Das glaube ich nicht. Allerdings muss der rechtliche Rahmen stimmen. Wir brauchen in Deutschland eine grundlegende Reform der Regulierung von Pensionsfonds: weg von der Privilegierung von Staatsanleihen und hin zu Investitionen in privatwirtschaftliches Risikokapital. Dies ist im Übrigen auch aus volkswirtschaftlicher Sicht wünschenswert – als ein Schritt zu besseren Rahmenbedingungen für eine zukunftsweisende Gründerkultur, an der es in Deutschland mangelt.

Bleibt die bange Frage, ob sich die Arbeitnehmer in der Zukunft überhaupt noch die nötige Vermögensanlage leisten können.

Blickt man zurück auf die Entwicklung der Löhne in den letzten 30 Jahren, mag so

mancher daran zweifeln. Durch die lange Zeit hoher Arbeitslosigkeit fiel die Zunahme der Realeinkommen sehr bescheiden aus. Doch dies beginnt sich nachhaltig zu ändern, und zwar fast aus den spiegelbildlichen Gründen, die zum niedrigen Zinsniveau führen: Die Demografie sorgt nicht nur für eine Kapitalschwemme, sondern auch für eine Knappheit an Arbeitskräften. So wird in Deutschland zwischen 2020 und 2035 die Generation der Babyboomer, geboren zwischen 1955 und 1970, Schritt für Schritt aus dem Arbeitsmarkt ausscheiden. Ergebnis: das Ende der Massenarbeitslosigkeit und eine Übernachfrage nach Fachkräften, die sich in kräftigen Steigerungen der Reallöhne niederschlägt. Schon heute sind die tariflichen Forderungen und Verhandlungsergebnisse weit üppiger als jene bescheidenen Lohnzuwächse, die im vergangenen Jahrzehnt zu erzielen waren.

Sie meinen also, es wird mehr und nicht weniger Spielraum für die Vorsorge geben?

So ist es. Natürlich hat der Fachkräftemangel auch beachtliche volkswirtschaftliche Nachteile. Vor allem kann er die Innovationskraft hemmen und dadurch das Wachstum insgesamt langfristig behindern – ein ernstes Thema für die Wirtschaftspolitik. Aber das Lohnniveau wird kräftig steigen. Anders als noch in der letzten Generation wird es den Arbeitnehmern deshalb gar nicht so schwer fallen, einen eigenen Beitrag zur Sicherung ihrer Renten zu leisten. Dies gilt auch mit Blick auf die Lebensarbeitszeit: Bei niedriger Arbeitslosigkeit werden die Unter-

nehmen bemüht sein, die Arbeitnehmer im Alter von 60+ so lange wie möglich im Betrieb zu binden, einfach weil es immer schwieriger wird, guten Ersatz am Arbeitsmarkt zu finden. Deren Erfahrung und Kompetenz wird mehr gebraucht denn je – und mit ihrer Arbeit helfen die Älteren, die Rentenbelastung in Grenzen zu halten.

Dafür braucht es aber eine grundlegende Reform der Rentengesetze.

Ja, natürlich. Der regulative Rahmen muss individuelle Lösungen erlauben und befördern. Die beste Antwort darauf ist die Abschaffung des Renteneintrittsalters. Die Leitlinie muss lauten: Jeder darf so lange und so viel arbeiten, wie er es im Konsens mit seinem Arbeitgeber tun will, und er erhält dafür zusätzliche Rentenansprüche. Wer früher geht, erhält weniger; wer später geht, erhält mehr. Für die wenigen Berufsgruppen mit extremen körperlichen Anforderungen könnte es Sonderregeln geben – steuerfinanziert oder auf Betriebsebene tarifvertraglich geregelt, also für die Rentenkassen neutral.

Herr Paqué, Ihr Fazit bitte: Hat die Altersvorsorge in Deutschland eine Zukunft?

Mehr als das: Sie hat eine gute Zukunft, entgegen allen Unkenrufen. Allerdings bedarf es politischer Gestaltungskraft. Nicht steuerfinanzierte staatliche Zwangsbeglückung ist geboten, sondern ein besserer Rahmen für die private Vorsorge sowie individuelle Lösungen für den Eintritt in den Ruhestand. Es wird Zeit, dass dafür die Weichen gestellt werden. ●



ZUR PERSON

KARL-HEINZ PAQUÉ (59) ist stellvertretender Vorstandsvorsitzender der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit. Er ist Professor der Volkswirtschaftslehre, Inhaber des Lehrstuhls für Internationale Wirtschaft und Dekan der Fakultät für Wirtschaftswissenschaft der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg.



VERTEILUNGS- KRAMPF

Marcel Fratzscher, Präsident des Wirtschaftsforschungsinstituts DIW, macht seit Längerem mit der These Schlagzeilen, dass die Chancen- und Vermögensungleichheit in Deutschland so groß ist wie in kaum einem anderen Industrieland. Die Ökonomen Lars P. Feld und Christoph M. Schmidt erklären, wieso dem die vorliegenden Daten aus wissenschaftlicher Sicht widersprechen.

// TEXT // LARS P. FELD UND CHRISTOPH M. SCHMIDT

Eine Debatte der schrillen Töne beherrscht aktuell die Republik. Die Ungleichheit der Einkommen und Vermögen habe drastisch zugenommen und skandalöse Ausmaße erreicht. Ganzen Bevölkerungsgruppen drohe Armut und Verelendung. Mit den Fakten hat das nichts zu tun. Das ist ärgerlich, denn es verhindert einen rationalen Blick auf tatsächliche wirtschaftspolitische Herausforderungen.

Skandalisierung des Unspektakulären. In Deutschland fällt die Ungleichheit der Markteinkommen im internationalen Vergleich eher hoch aus, aber das umfassende Steuer- und Transfersystem sorgt dafür, dass die Ungleichheit der verfügbaren Einkommen als moderat einzustufen ist. Doch gilt die Aufmerksamkeit ohnehin meist der Veränderung der Ungleichheit von Einkommen oder Vermögen im Zeitablauf. Vergleicht man ein aktuelles Jahr mit einem

Jahr kurz nach der Wiedervereinigung, zeigt sich heute eine höhere Einkommensungleichheit. Dies weckt den Ruf nach mehr Umverteilung über Steuern und Transfers. Betrachtet man jedoch die zeitliche Entwicklung genauer, so ergibt sich eine andere Einschätzung. Seit der Umsetzung der Agenda 2010 vor rund zehn Jahren steigt die Einkommensungleichheit im Gegensatz zu internationalen Tendenzen nicht weiter an. Beschäftigungswachstum zu

Fotos: Getty Images/Stop (M); privat

ermöglichen ist demnach oft die beste Sozialpolitik.

Wenn prominente Verfechter der Skandalisierungsthese nun ausgerechnet die erhebliche Größenordnung der fortwährenden Umverteilung als Indiz für das Versagen der sozialen Marktwirtschaft ansehen, dann ist dies absurd. Denn nur in einer irrealen Fiktion können alle Beschäftigten über eine so ähnliche Produktivität verfügen, dass daraus eine geringe Spreizung der Markteinkommen resultiert und dann kaum noch Umverteilung erforderlich ist. Das ist ein Wunschtraum. Die soziale Marktwirtschaft hebt sich nach wie vor von anderen Wirtschaftssystemen dadurch erfolgreich ab, dass sie die Vielfalt der Talente und Fähigkeiten nutzt, um insgesamt eine hohe Wirtschaftsleistung zu erzielen, und dass der Staat Verteilungsergebnisse im Nachhinein entsprechend politischer Präferenzen korrigiert.

Statistische Schnellschüsse. Statistische Indikatoren allein reichen nicht dazu aus, um sich eine informierte Meinung zu komplexen Sachverhalten zu bilden. Wirtschaftswissenschaftler sind in ihrer sachkundigen Einordnung geschult und sollten daher bei der Interpretation von Statistiken die Grenzen der Belastbarkeit empirischer Belege nicht mutwillig missachten. Eine Veränderung der Ungleichheit kann durchaus ein sozialpolitisches Alarmsignal darstellen, sie kann aber auch lediglich sogenannte Kompositionseffekte widerspiegeln. Konkret ging der beeindruckende Abbau der Arbeitslosigkeit in Deutschland im vergangenen Jahrzehnt damit einher, dass zahlreiche vormals Beschäftigungslose mit einer geringen Produktivität zu naturgemäß eher geringen Löhnen wieder im Arbeitsmarkt Fuß fassen konnten. Das geringe Lohnwachstum im unteren Bereich der Beschäftigtenstruktur ist daher kein solches Alarmsignal.

Es gehört darüber hinaus zu den Grundlagen der empirischen Wirtschaftsforschung, dass es nur Sinn macht, Vergleichbares zu vergleichen. Wenn es also darum geht, die Vermögenssituation in Deutschland mit

derjenigen in anderen Volkswirtschaften zu vergleichen, dann darf man die hohe Bedeutung von Anwartschaften auf Zahlungen aus der gesetzlichen Rente nicht einfach unter den Tisch fallen lassen. Missachtet man diesen Punkt, dann wird die Ungleichheit der Vermögen in Ländern wie Deutschland, Dänemark und der Schweiz unzutreffend überzeichnet. Das ist unredlich: Erst verdrängt der Staat private Ersparnis durch die gesetzliche Rente, und dann soll die vermeintlich hohe Vermögensungleichheit dafür herhalten, dass diejenigen, die zusätzlich Vermögen bilden, stärker zur Kasse gebeten werden.

Ähnlich skeptisch ist die aus internationalen Analysen abgeleitete Behauptung einzuordnen, ein weiterer Abbau der Einkommensungleichheit würde das deutsche Wachstum fördern. Die Aussage mag für Mexiko, andere Schwellen- oder Entwicklungsländer zutreffen. Sie ungeprüft auf Deutschland zu übertragen ist aus wissenschaftlicher Sicht nicht vertretbar.

Versteckte Agenda. Angesichts des in Deutschland bereits verwirklichten Ausmaßes der Umverteilung von Einkommen erscheint es völlig unplausibel, eine noch stärkere Umverteilung durch das Steuer- und Transfersystem zu verlangen. Schließlich wird etwa die Einkommensteuer bereits allein von der oberen Hälfte der Einkommensbezieher getragen. Daher fordern prominente Befürworter der Skandalisierungsthese auch vordergründig einen effizienteren Staat. Der Staat könnte also selbst besser wirtschaften? Was für eine grandiose Einsicht. Wozu dann der ganze Zinnober? Und wo bleiben die konkreten Vorschläge, um die Chancengerechtigkeit zu fördern – etwa durch die Wiedereinführung von Studienbeiträgen oder den Abbau von Schranken für den Arbeitsmarkteintritt für Geringqualifizierte? Es ist doch offensichtlich, dass mit der Skandalisierung unspektakulärer Ungleichheitsbefunde trotz aller Lippenbekanntnisse letztlich mehr Umverteilung angestrebt wird. ●



Bestseller: Marcel Fratzscher ist überzeugt davon, dass in unserer sozialen Marktwirtschaft einiges im Argen liegt. In seinem Buch „Verteilungskampf“ vertritt der Wirtschaftsforscher die Meinung, dass Deutschland von großen Unterschieden in Bezug auf Einkommen und Vermögen geprägt ist. Verantwortlich dafür sei die hohe Chancenungleichheit, die Menschen hindert, ihre Fähigkeiten zu nutzen.

MARCEL FRATZSCHER
Verteilungskampf: Warum
Deutschland immer ungleicher wird
264 Seiten, Hanser Verlag,
19,90 Euro



CHRISTOPH M. SCHMIDT, 53, ist Präsident des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung (RWI), Vorsitzender des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung sowie Professor für Wirtschaftspolitik und angewandte Ökonometrie an der Ruhr-Universität Bochum.
redaktion@libmag.de



PROF. DR. LARS P. FELD, 49, ist Professor für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Wirtschaftspolitik und Ordnungsökonomik an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg und Direktor des Walter Eucken Instituts. Er ist zudem Mitglied des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.
feld@eucken.de

Und raus bist Du!



Am 23. Juni stimmen die britischen Bürger über den Verbleib in der EU ab. Noch ist die Stimmung unentschieden. Doch immer klarer wird: Ein Brexit hätte sowohl für Großbritannien, aber auch für Deutschland und die gesamte EU gravierende politische und wirtschaftliche Folgen.

// TEXT // ILKA SCHANTZ

Wie hält es Großbritannien zukünftig mit der Europäischen Union (EU)? Brexit oder bleiben – am 23. Juni 2016 werden die Briten diese Gretchenfrage beantworten müssen. #Out oder #In? In den laufenden Umfragen gibt es bislang keinen klaren Trend. Die öffentliche Meinung pendelt mal in die eine, mal in die andere Richtung. Klar ist damit nur eines: Der Ausgang des britischen EU-Referendums dürfte bis zum letzten Tag völlig offen sein.

Bei proeuropäischen Vertretern auf der Insel und auf dem Kontinent wächst damit die Sorge, die „Out“-Kampagne könnte am Ende erfolgreich sein. Ein „Nein“ der britischen Wähler zum europäischen Projekt hätte Experten zufolge unmittelbar Folgen für Großbritannien – und für Europa. Im Zentrum des Wahlkampfes stehen die wirtschaftlichen

Chancen und Risiken eines Brexits. Die Fürsprecher eines EU-Austritts werden nicht müde zu betonen, dass Großbritannien seinen Beitrag zum EU-Haushalt (knapp 23 Milliarden Euro) besser selbst in Forschung, Bildung und neue Industrien investieren könne. Dabei vergessen sie jedoch gerne, dass das Land bereits seit 1984 einen sogenannten „Brittenrabatt“ erhält; er reduziert Londons Zahlungen an den EU-Haushalt jedes Jahr erheblich, 2015 beispielsweise um etwa sechs Milliarden Euro auf 17 Milliarden Euro. Zudem flossen 2015 7,7 Milliarden Euro EU-Gelder zurück nach Großbritannien, circa 1,4 Milliarden Euro davon in die Wissenschaft und Forschung. Die Nettosumme, die Großbritannien im Fall eines Brexits einsparen und im eigenen Land investieren könnte, dürfte daher deutlich geringer ausfallen, als es die Brexit-Wahlkämpfer behaupten.

Fotos: Bloomberg Finance LP; privat

Während das „Out“-Lager in seiner Kampagne die Hoffnung auf Milliardengewinne für die britische Wirtschaft nährt, zeichnen mehrere aktuelle Prognosen ein weitaus düsteres Bild. Schatzkanzler George Osborne legte im April 2016 Berechnungen vor, wonach ein Brexit jeden britischen Haushalt jährlich zwischen rund 3.350 und 6.700 Euro kosten könnte – abhängig von der zukünftigen Art der Handelsbeziehungen zwischen Großbritannien und der EU. Das britische Finanzministerium warnt, dass das Bruttoinlandsprodukt des Landes bei einem EU-Austritt bis zum Jahr 2030 um 3,8 bis 7,5 Prozent niedriger ausfallen könne als bei einem Verbleib in der EU. Zu geringfügig besseren Zahlen kommen zwar Berechnungen des Wirtschaftsberatungsunternehmens PwC (-3,0 bis -5,5 Prozent bis 2020) und der London School of Economics (-1,3 bis -2,6 Prozent).

Allesamt unterstreichen jedoch die Prognosen, dass ein Brexit einen erheblichen negativen Effekt auf die britische Wirtschaft haben würde. 3,3 Millionen Jobs sind nach Meinung des britischen Finanzministeriums an Exporte von Großbritannien nach Europa gekoppelt. Zwischen 70.000 und 100.000 Stellen stünden allein in der Londoner Finanzindustrie auf dem Spiel, schätzt PwC. Mehrere große Finanzhäuser wie die Citigroup und die Deutsche Bank überlegen bereits offen, im Fall eines Brexits ihre Niederlassungen von der Themse auf den europäischen Kontinent zu verlegen. Vorstellungen der „Out“-Kampagne, die City of London könne zum Singapur der westlichen Finanzwelt aufsteigen, erscheinen deshalb illusorisch.

Ökonomen schauen mit Sorge auf Europa

Allerdings würde zum Beispiel auch Deutschland die wirtschaftlichen Folgen eines britischen EU-Ausstiegs deutlich spüren: Großbritannien ist der dritt wichtigste Exportmarkt der Bundesrepublik. Ein geringeres Wachstum der britischen Wirtschaft hätte damit zwangsläufig auch Auswirkungen auf die deutsche Wirtschaft. Ifo-Präsident Clemens Fuest befürchtet zudem, dass bei einem Austritt des zweitgrößten Nettozahlers der EU der deutsche Anteil am Haushalt der EU steigen würde.

Der Internationale Währungsfonds (IWF) warnte bereits in seinem April-Ausblick vor den „schwerwiegenden regionalen und globalen Folgen“ eines Brexits für die Entwicklung der Weltwirtschaft. Länder wie Indien und China, die in der Vergangenheit stark in Großbritannien investiert haben, beobachteten dem IWF zufolge mit Sorge, ob die Briten die Tür zum EU-Binnenmarkt zunächst einmal zuschlagen werden.

Die Hoffnung der „Out“-Kampagne, relativ zügig nach dem Referendum neue, günstige Handelsabkommen mit der EU, den USA und weiteren Staaten abschließen zu können, erweisen sich bereits vor dem EU-Referendum als Trugschluss. Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble warnte bereits, dass die Verhandlungen über einen Zugang Großbritanniens zum EU-Binnenmarkt länger dauern könnten als von den Befürwortern des Brexit erhofft. US-Präsident Obama ließ ebenfalls wissen, dass es für die USA Priorität habe, ein Handelsabkommen mit der EU zu schließen. Ein bilaterales Handelsabkommen zwischen den USA und Großbritannien könne fünf, vielleicht auch zehn Jahre bis zum Abschluss benötigen. Bis dahin müsse Großbritannien die gleichen Zölle bezahlen wie beispielsweise China und Indien, die keine Freihandelsabkommen mit den USA haben.

Brexit verschafft Euro-Skeptikern Auftrieb

Für Europa käme ein Brexit zu einem denkbar ungünstigen Moment, denn er würde die im Krisenmodus befindliche Europäische Union weiter schwächen. So ringt die EU um Lösungen und Geschlossenheit in der Flüchtlingsfrage. Auch die Euro-Krise schwelt weiter. Ein „Nein“ der Briten zu Europa könnte deshalb unmittelbar den Europa-Skeptikern in den anderen Mitgliedsstaaten Auftrieb geben. Auch auf institutioneller Ebene würde ein Brexit die EU verändern. Das Stimmenverhältnis innerhalb der EU würde sich vermutlich zugunsten der südlichen Mitgliedsstaaten verschieben. Deutschland würde mit Großbritannien einen wichtigen europäischen Partner mit klarem liberalem Kompass verlieren – nicht nur in finanz- und wirtschaftspolitischen Fragen, sondern auch mit einer Grundskepsis gegenüber der europäischen Bürokratie. Großbritannien hat beispielsweise das Freihandelsabkommen TTIP innerhalb der EU maßgeblich unterstützt.

Die Ankündigung von Angela Merkel, die von der britischen Regierung eingeforderten Reformen bei den Sozialleistungen für EU-Ausländer auch in Deutschland übernehmen zu wollen, zeigt, wie wichtig die liberale britische Stimme für die Reformfähigkeit der EU ist. Insgesamt betrachtet würde ein Brexit die internationale Durchsetzungskraft Großbritanniens und die der EU schwächen, finanz- und wirtschaftspolitisch, aber auch außen- und sicherheitspolitisch. Es bleibt zu hoffen, dass es der „In“-Kampagne bis zum 23. Juni 2016 gelingt, die Mehrheiten der Wählerinnen und Wähler zu überzeugen, gegen einen Austritt zu stimmen – und für Europa. ●



ILKA SCHANTZ,
38, arbeitet in Berlin als
Referentin für Internationale
Politik für das Liberale Institut/
Themenmanagement der
Friedrich-Naumann-Stiftung für
die Freiheit.
ilka.schantz@freiheit.org





DIE SPÄTIS SIND BEDROHT!

Berlin zieht seit jeher Freigeister aller Couleur an und wirbt mit seiner Liberalität. Touristen fällt vor allem ein Unterschied zum Süden Deutschlands auf: Niemand muss weiter als 200 Meter laufen, um in einem der sieben Tage die Woche rund um die Uhr geöffneten „Spätkauf“-Läden ein kühles Bier für weniger als 1,50 Euro kaufen zu können. Die inhabergeführten Geschäfte bieten auch Zigaretten, Softdrinks, Eis und Süßwaren an sowie eine Auswahl an „Lebensrettern“ für die Zeit, in der Supermärkte geschlossen haben: Zahnbürsten, Kondome, Toilettenpapier und Dosenravioli. Viele Ladenbesitzer verdienen sich zudem ein Zubrot als Paketshop oder Internetcafé. Doch was nach liberalem Ladenschlussgesetz aussieht, ist in Wirklichkeit schlicht ein Vollzugsdefizit. Denn die „Spätis“ dürfen sonntags eigentlich so wenig öffnen wie normale Supermärkte oder Schuhgeschäfte auch. Der 51-jährige Polizeikommissar Robert Ruf erfuhr selbst erst im Mai 2014, dass den Spätis in seinem Neuköllner Revier die gesetzliche Grundlage für die Sonntagsöffnung fehlt. Seitdem greift er durch — mit teils existenzbedrohenden Folgen für die 75 Späti-Betreiber in seiner Zuständigkeit. Fast ein Drittel seines Wochenumsatzes macht ein Spätkauf am Sonntag. Viele der Kleinunternehmer haben sich ihre Geschäfte im Vertrauen auf das jahrzehntelang geübte Laissez-faire mit Krediten aufgebaut und stehen nun vor dem Ruin. „Rettet die Spätis“ fordert daher die Neuköllnerin Christina Jurgeit mit einer Petition; mehr als 37.000 Unterstützer haben sie bereits unterzeichnet. Jurgeit will Rechtsicherheit. Doch bereits im Jahr 2012 wurde ein ähnlicher Vorschlag diskutiert — und scheiterte am Widerstand von Kirchen und Gewerkschaften. Was dabei von beiden Gruppen übersehen wurde: Im Späti arbeitet der Besitzer, die Familie hilft aus. Und da es sich gerade in Neukölln eher um Onkel-Achmed- als um Tante-Emma-Läden handelt, entgehen den Kirchen wohl kaum sonntägliche Gottesdienstbesucher.

Text: David Harnasch, Foto: William Veder



Grün-schwarzes Biedermeier

// TEXT // **MICHAEL MIERSCH** // ILLUSTRATIONEN // **BERND ZELLER**

Der Aufbruch in die grün-schwarze Zukunft fand nicht im Mai 2016 mit den Koalitionsverhandlungen in Stuttgart statt, sondern im Mai 2015 in Rom. Damals verkündete Papst Franziskus die Enzyklika „Laudato si“ – und der deutsche Klimapapst Schellnhuber brüstete sich sogleich, das päpstliche Dokument quasi als heiliger Geist inspiriert zu haben. Nach Jahrzehnten des wechselseitigen Missverstehens hatten Katholizismus und grüner Alarmismus einander angeblickt und erkannt, dass sie Zwillinge sind. Zwei Weltanschauungen, die sich von der Angst und dem schlechten Gewissen ihrer Anhänger ernähren und diesen deshalb immer neue Endzeitszenarien und immer neue Schuldgefühle liefern müssen.

Aus einer Liebe auf den zweiten Blick entstehen oftmals besonders dauerhafte Ehen. Mit der Energiewende 2011 beseitigte die Kanzlerin die letzte Hürde für das Zusammenwachsen. Seither gibt es nur noch Dissens bei Randthemen wie Schwulenehe, dem Ausmaß polizeilicher und geheimdienstlicher Befugnisse und der Geschwindigkeit, in der man die sich wandelnden Familienformen akzeptiert. Es ist abzusehen, dass auch dies bald erledigt sein wird.

Liest man Kommentare zur großen Versöhnung, ist viel vom modernen Bürgertum die Rede und vom Mut, über den eigenen Schatten zu springen. Das hört sich alles schön undogmatisch an und klingt nach geistiger Lockerungsübung. Doch wo liegt die konkrete Schnittmenge, welche Standpunkte teilen die beiden Partner? Sind es die Liberalen in der CDU und bei den Grünen, die durch die Annäherung Aufwind erhalten? Oder eher die Kräfte in beiden Parteien, die durch immer mehr Vorschriften und Regulierungen eine risikofreie Zukunft festschreiben wollen? Es gibt viele in der

CDU und bei den Grünen, die die Moderne als Zumutung empfinden. Ihr gemeinsamer Nenner ist das Begrenzen und Verbieten.

Die Milieus, aus denen die Wähler der beiden Parteien stammen, ähneln sich immer stärker. In den besseren Vierteln von Stuttgart oder Freiburg funktioniert die Nachbarschaft schon recht harmlos. Man sieht sich morgens beim Kauf der Vollkornbrötchen, nachmittags beim Feng-Shui-Kurs in der Volkshochschule, beim Homöopathen und in der Anti-Gentechnik-Initiative. Die einstigen Bauzaunstürmer stehen kurz vor der Frühpensionierung und wollen in Ruhe im Manufactum-Katalog blättern, den auch der CDU wählende Nachbar abonniert hat. Und mit der Zeit entdecken sie immer mehr Gemeinsamkeiten. Man kann im Treppenhaus über Vintage-Fahrräder fachsimpeln und beim Italiener über Bio-Wein. Die Kinder gehen zusammen in die Waldorfschule. Und beim Mülltrennen übertrifft man sich gegenseitig.

Auch in der Bundespolitik kommen sich Union und Grüne seit Jahren immer näher. Für Horst Seehofer ist Grüne Gentechnik ein Frevel gegen Gottes Schöpfungsplan, für Renate Künast eine Schändung von Mutter Natur. Dagegen sind sie gemeinsam.

Es wächst erneut zusammen, was einst zusammengehörte. 1978 verließ der Abgeordnete Herbert Gruhl frustriert die CDU und wurde zu einem der Gründerväter der grünen Partei. Keine seiner düsteren Untergangsprognosen traf je ein. Doch sie haben das abgrundtief pessimistische Lebensgefühl vieler Menschen in Deutschland geprägt. Die vielen Erfolge im Umweltschutz änderten daran nichts.

Das Anliegen der CDU und ihrer historischen Vorläuferparteien, was das Hüten und Bewahren der bestehenden Traditionen, Werte und Lebenswelten angeht: „Keine Experimente!“ (so Adenauers



Wahlkampf-Slogan 1957). Doch die Konservativen vom Schlage Gruhls wurden in den 50er-JFünfzigerjahren nach und nach an den Rand gedrängt. Die damals aufstrebende und bald schon dominierende Strömung im bürgerlichen Lager plädierte für einen „technokratischen Konservatismus“, der den Fortschritt nicht mehr verdammten, sondern nutzen sollte. So verloren Gruhl und andere ihre geistige Heimat, die sie dann Ende der 70er-Jahre bei den Grünen wiederfanden. Endlich gab es für sie einen Platz, von dem aus man Neuerungen aus Wissenschaft und Technik verdammen konnte. Mit den Grünen kämpften sie gegen Atomkraftwerke, Straßenausbau, Kohlekraftwerke, Computer, PET-Flaschen, Mobiltelefone, den Transrapid, Flughäfen, PVC-Fensterrahmen, medizinische Gentechnik, ICE-Trassen, Pflanzengentechnik und eigentlich jede neue Technologie außer Windrädern und Solaranlagen.

Je stärker grünes Denken kulturell vorherrschend wurde – besonders auch in den Kirchen – desto mehr Konservative kehrten zu ihren fortschrittsfeindlichen Wurzeln zurück. Öko-Ideologie ist längst keine Spezialität der Grünen mehr, sondern breiter gesellschaftlicher Konsens. Sie ist so typisch deutsch geworden wie „Tatort“ und Graubrot. Sind wir nicht alle ein bisschen Kretschmann?

Gruhls nationaler Öko-Konservatismus ist in der CDU von heute wieder höchst lebendig: Ausstieg aus der Atomkraft, Verbot von Pflanzengentechnik, Einschränkung pränataler Diagnostik, Förderung des Bio-Landbaus, Umverteilung zugunsten der Wind- und Solarindustrie und Geldsegen für die Klimalobby: All dies bescherte die CDU/CSU der Republik.

Texte von CDU-Intellektuellen wie Matthias Zimmer klingen fast wortgleich wie die Belehrungen einer Katrin Göring-Eckardt. „Wir

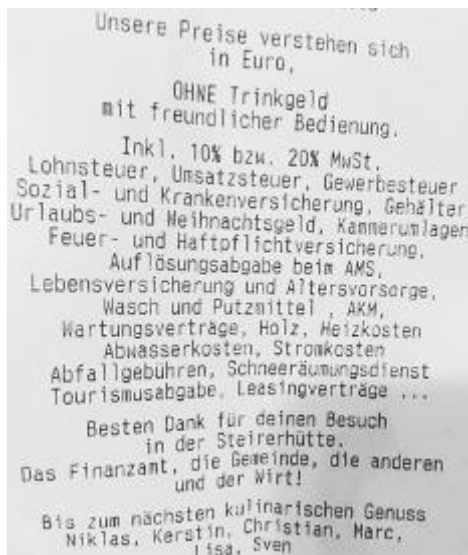
müssen die Grundlagen unserer Lebensweise infrage stellen“, schreibt er. Und: „Die Erde ist dabei, zu einem unwirtlichen Ort zu werden.“ Denn der Mensch habe „Gott als Eigentümer enteignet“.

Nur keine Risiken eingehen, lautet die Devise. Das Land des Wirtschaftswunders, das Land der Erfinder und Gründer wird mehr und mehr zum Land der subventionierten Bio-Karotten und Windräder. Der Rest der Welt staunt schmunzelnd über die germanischen Hobbys.

Das große Versprechen einer risikofreien Zukunft birgt für einen der Koalitionspartner dennoch ein Risiko: Langfristig könnte die CDU das gleiche Schicksal ereilen wie einst die SPD. Als diese nach Helmut Schmidt immer grüner wurde, wuchsen die Grünen und die SPD schrumpfte. Momentan wirke die Südwest-CDU, schrieb *DIE ZEIT*, „wie der etwas abgehalfterte Onkel der eigentlichen Volkspartei, der Grünen“. ●

MICHAEL MIERSCH ist Geschäftsführer Naturbildung bei der Deutschen Wildtier Stiftung. Davor arbeitete er als Journalist für große deutsche Zeitschriften, zuletzt als Ressortleiter beim *Focus*. Seine Bücher und Dokumentarfilme erhielten zahlreiche Preise. Neuestes Buch: „Alles grün und gut? Eine Bilanz des ökologischen Denkens“. Website: www.miersch.media/miersch@libmag.de

BERND ZELLER arbeitet als Cartoonist, Autor, Satiriker und Maler vorzugsweise in Jena. Während des Jura-Studiums hat er sich mit der rechtsstaatlichen Verfassung und der Aufklärung angefreundet. zeller@libmag.de



GOURMET-KOSTEN

Seit zehn Jahren betreibt der Erlebnisgastronom Christian Schilcher im österreichischen Bad Mitterndorf sein „Gourmet Atelier“ in der Steirerhütte. Der Edelbrandsommelier nimmt Transparenz offenbar ernst – und leistet auf den Rechnungen nebenbei Aufklärungsarbeit für seine Gäste, denen oft nicht klar sein dürfte, welchen bürokratischen Kostenapparat ein Wirt heutzutage zu tragen hat.

Rette sich, wer kann

// TEXT // **KATHARINA LOTTER**

// ILLUSTRATION // **ERNST MERHEIM**

Mal unter uns: Diesen Text gibt es eigentlich nur, weil ich vor Kurzem ein tolles Langzeitprojekt aufgerissen habe. Nein, nicht hier bei *liberal*; anderswo. Interessantes Team, spannende Aufgabe, gute Bezahlung. Jackpot sozusagen. Man hat mir die Chance gegeben auf eine Zusammenarbeit, in der ich mich entwickeln kann – über ein Dasein als Gastarbeiterin hinaus.

Mein Problem ist nur: Ich will trotzdem Freiberuflerin sein. Aus vielen Gründen. Einer davon ist der Wunsch, Familie und Beruf zu vereinbaren. Damit ich Freiberuflerin bleiben darf, muss ich deshalb jetzt mehr arbeiten, als ich eigentlich will. Denn der deutsche Gesetzgeber und die Deutsche Rentenversicherung behaupten, dass Selbstständigkeit keine Frage der inneren Einstellung sei, sondern von einer Vielzahl abprüfbarer Kriterien abhängen. Die Anzahl der Auftraggeber gehöre auch dazu.

Über mir und meinen Auftraggebern schwebt das Damoklesschwert der permanenten Rechtsunsicherheit. Wir könnten ein aufwendiges Verfahren durchführen lassen,

um meine Selbstständigkeit zu beweisen – damit ich nicht gegen meinen Willen angestellt werden muss und mein Auftraggeber einen dicken Batzen Sozialversicherungsbeiträge nachbezahlt. Oder wir hoffen einfach das Beste. Manche Unternehmen beschäftigen allein aufgrund der Gefahr einer Scheinselbstständigkeit keinerlei Freiberufler mehr. Bei anderen hält das Nachweisverfahren dringende Projekte auf und macht sie teuer.

All das will Andrea Nahles nicht abschaffen. Mit ihrem Gesetzesvorhaben zum § 611a BGB entlastet sie Leute wie mich nicht, sondern sorgt im Gegenteil dafür, dass künftig sogar noch mehr Einzelunternehmer als Scheinselbstständige eingestuft und zugunsten der Rentenversicherung einkassiert werden können. Ziel ihrer „Arbeit 4.0“ – der Zusatz 4.0 verheißt per se nichts Gutes – ist einzig, mehr selbstständige Tätigkeiten in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungen umzumünzen. Angeblich, um die erwerbstätige Bevölkerung vor Ausbeutung zu beschützen. Aber wer beschützt mich eigentlich vor einem Staat, der meine freiwilligen Entscheidungen nicht anerkennt? ●



KATHARINA LOTTER ist Diplom-Wirtschaftsjuristin und freie Journalistin. Das Homeoffice ist die Erfüllung ihrer Träume. Um weiterhin dort bleiben zu dürfen, sprengt sie gelegentlich sogar die gesetzlichen Vorgaben zur maximal erlaubten Arbeitszeit von Angestellten. Aber die gelten für sie ja zum Glück (noch) nicht.

redaktion@libmag.de

Fotos: FNF; privat

Rettet das Bargeld

Kriminalität gibt es seit Urzeiten, Bargeld dagegen ist eine relativ neue Errungenschaft der Menschheit. Dennoch denken Politiker und Notenbanker laut über dessen Ende nach – um wirkungsvoll gegen Terroristen vorzugehen.

Marc Beise lehnte sich dagegen Anfang Februar in der *Süddeutschen Zeitung* meynungsstark und kundig auf. Unsere Leser wählten ihn zum neuen Autor der Freiheit.

Wir drucken den Text in gekürzter Fassung nach.
Den vollen Text finden Sie unter: <http://bit.do/bargeldfreiheit>



ZUR PERSON

MARC BEISE studierte Rechts- und Volkswirtschaft, bevor er in den Journalismus einstieg. Nach Stationen bei der *Offenbach-Post* und dem *Handelsblatt* wechselte der promovierte Jurist 1999 zur *Süddeutschen Zeitung*. Dort leitet er seit 2007 die Wirtschaftsredaktion gemeinsam mit Ulrich Schäfer.

Stimmen auch Sie jeden Monat über die Autoren der Freiheit ab unter freiheit.org/liberal

Bares, zumal Münzen, kann lästig sein, besonders für Männer. Dagegen stehen die Segnungen der Elektronik: Die EC- oder Kreditkarte trägt kaum auf und erfordert kein Wechselgeld, sie ist einfach nur praktisch.

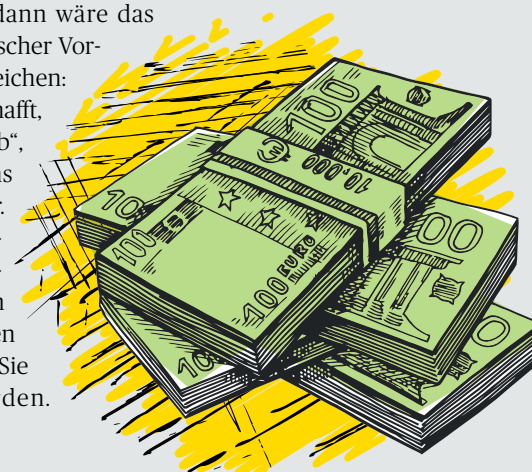
Noch aber ist dieser Trend in Deutschland nicht angekommen, im Gegenteil wollen die meisten Bürger aufs Bare nicht verzichten – weshalb dessen Gegner nun aufrüsten. Der Kampf gegen das Bargeld nimmt an Schärfe zu, er wird verdächtigerweise sehr einträchtig geführt von Geschäftsbankern, Notenbankern und jetzt auch von Politikern. Letztere wollen eine Obergrenze für Bargeschäfte einführen, um dem weltweiten Terror das Handwerk zu legen, und der internationalen Mafia gleich mit, von Drogenhandel und Schwarzarbeit ganz zu schweigen. Das ist gut gemeint wie immer bei Politikern.

Nur: Glaubt jemand ernsthaft, man würde Kriminalität verhindern können, wenn man größere Bargeldsummen verbietet? Bargeld ist eine relativ neue Sache. Kriminalität ist uralte. Und läuft da nicht längst ganz viel im Netz? Nicht sehr stichhaltig sind auch die Argumente der Banken. Für sie wird das Geschäft einfacher ohne Bargeld, effizienter, lukrativer. Die Notenbanken wollen bei Bedarf die Bürger zum Geldausgeben anhalten, indem sie Strafzinsen berechnen für die, welche ihr Geld horten. Gibt es noch Bargeld, kann man dem ausweichen, indem man einfach Geld abhebt. Alle diese Bemühungen gegen das Bargeld

haben einen gemeinsamen Nenner: Es geht um Kontrolle – und um Anmaßung.

Jenseits von 5.000 Euro, sagen SPD-Politiker, gebe es keinen „plausiblen, legalen“ Grund mehr, Geschäfte mit Bargeld abwickeln zu wollen – gut, dass die SPD das so genau weiß. Der Bürger braucht aber keinen Grund, mit viel oder wenig Bargeld zu bezahlen, er muss sich nicht rechtfertigen. Was er mit seinem Geld macht, geht zunächst niemanden etwas an, keinen Staat und auch keine Bank. Bargeld ist, ein Wort des Russen Fjodor Dostojewski abgewandelt, geprägte Freiheit. Man kann auch sagen: gelebter Datenschutz. Wenn das Bargeld abgeschafft wird, ist Big Brother nicht weit.

Wenn das Bargeld nun begrenzt, womöglich abgeschafft würde, dann wäre das nicht allein ein technischer Vorgang. Es ist dies ein Zeichen: „Wer das Bargeld abschafft, schafft die Freiheit ab“, sagt der Dichter Hans Magnus Enzensberger. In einer reglementierten Welt ist die beliebige Verfügbarkeit von Bargeld eine der letzten Nischen der Freiheit. Sie sollen bewahrt werden. Rettet das Bargeld! ●



**„VON SEINEN NATÜRLICHEN
VORAUSSETZUNGEN
HER KÖNNTE AFRIKA
PROBLEMLOS AUTARK IN
SEINER NAHRUNGS- UND
ENERGIEVERSORGUNG
WERDEN.“**

Wie Afrika wirklich zu helfen ist

Wer von Globalisierung spricht, klammert den Schwarzen Kontinent gedanklich meist noch aus. Dabei entwickelt sich Afrika trotz zahlreicher Konfliktherde an vielen Stellen sehr positiv. Wenig überraschend: Das ist genau dort der Fall, wo nicht staatliche Entwicklungshelfer, sondern private Initiatoren das Handeln übernommen haben.

// TEXT // **CHRISTINE MATTAUCH**

Wie bitte? Afrika? Viele Menschen meinen, sie hätten sich verhört, wenn Lutz Hartmann erzählt, dass er in Äthiopien eine Farm aufbaut. Wenn der 44-Jährige ergänzt, dass er dort tonnenweise Paprika, Auberginen und Mango ernten will, nimmt die Irritation beim Gegenüber noch zu. Ja, geht denn das?, wird er häufig gefragt. „Beim Stichwort Äthiopien denken die Deutschen an Wüsten und an Hunger“,

seufzt Hartmann. Beides nicht ganz falsch, aber bestenfalls die halbe Wahrheit. Die Böden, die Hartmann 380 Kilometer südwestlich der Hauptstadt Addis Abeba gepachtet hat – eine Fläche fast so groß wie der New Yorker Central Park –, sind fruchtbar. Wie Brachland anderswo in Afrika.

Im Hauptberuf ist Hartmann Wirtschaftsanwalt und Partner der Frankfurter Kanzlei Belmont Legal. Das lasse sich mit seinem Afrika-Projekt vereinbaren, weil er

beruflich ohnehin oft in der Region unterwegs sei, erzählt er. Beim Aufbau der 300 Hektar großen Farm in Sodo hat er einen erfahrenen örtlichen Partner: Oliver Langert.

Wenn alles so läuft, wie es sich die beiden vorstellen, wird ihre „Fruitbox“ ein Vorzeigeprojekt. Hartmann will die kleinen Bauern in der Umgebung mitziehen, ihnen Saatgut und Landmaschinen zur Verfügung stellen und Überschüsse dort vermarkten, wo sie allein nicht hinkommen – etwa in Addis. „Es ist uns



Reiche Ernte: Landarbeiterinnen und -arbeiter sortieren Feigen auf einer Farm in Südafrika. Jahrzehntelange Entwicklungshilfe hat die Wirtschaft vieler afrikanischer Länder kaum vorangebracht. Daher setzen sie nun verstärkt auf private Investoren.

kann sie wohl auch nicht, denn dazu braucht es unternehmerische Dynamik, Investitionskraft und Innovationsfähigkeit. Ökonomen wie der Kenianer James Shikwati sind sogar überzeugt davon, dass traditionelle Entwicklungszusammenarbeit einem nachhaltigen Aufschwung mehr schadet als nützt (siehe Kasten auf Seite 37).

Die Zeit drängt, denn die Bevölkerung in Afrika wächst rasant: Im Jahr 2050 werden südlich der Sahara rund zwei Milliarden Menschen leben – doppelt so viele wie heute. Wenn es nicht gelingt, die jungen Leute in Arbeit zu bringen, drohen Verelendung und Aufruhr. Viele werden ihr Land verlassen und Flüchtlingsströme auslösen, gegen die diejenigen, welche Europa gegenwärtig erreichen, klein erscheinen werden. Einfach nur mehr Geld in den Kontinent zu pumpen ist keine Lösung.

„Afrika muss seine Entwicklung aus eigener Kraft schaffen“, sagt Franziska Woellert, Geografin mit Schwerpunkt Internationale Zusammenarbeit am Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung und Autorin der Studie „Jobs für Afrika“. Aus eigener Kraft, das heißt aber nicht allein. „Investoren aus dem Ausland sind dringend gefragt“, berichtet Woellert. Schon weil sie marktwirtschaftliches Denken ins Land tragen: Welche Produkte gehen? Wo ist Potenzial?

Die Landwirtschaft hat dabei eine Schlüsselstellung. „Von seinen natürlichen Voraussetzungen her könnte Afrika problemlos autark in seiner Nahrungs- und Energieversorgung werden“, heißt es in Woellerts Studie. Mehr als ein Viertel der fruchtbaren Ackerflächen weltweit liegen nach Angaben der Vereinten Nationen in Afrika, doch nur ein Teil wird überhaupt genutzt. Hinzu kommt, dass die meisten Länder nur halb so hohe Erträge pro Hektar erwirtschaften wie andere Weltregionen. Es fehlt an Bewässerung ebenso wie an Dünger, an Kapital ebenso wie an Wissen. Die fatale Konsequenz: Die meisten afrikanischen Länder sind Nettoimporteure von Lebens-

mitteln. „Dieses Geld fehlt dann für Investitionen in andere Sektoren“, sagt Woellert.

Die Wissenschaftlerin fordert eine „grüne Revolution“, die Afrikas Kleinbauern in die Lage versetzt, ihre Erträge nachhaltig zu steigern und gute Jobs zu schaffen. Das würde auch das Bevölkerungswachstum bremsen, denn mit Wohlstand und Bildung entscheiden sich die Menschen erfahrungsgemäß für weniger Kinder.



„ES IST UNS BEWUSST, DASS WIR EINE SOZIALE VERANTWORTUNG HABEN.“

Lutz Hartmann, Wirtschaftsanwalt und Farmer in Äthiopien

bewusst, dass wir eine soziale Verantwortung haben“, sagt Hartmann. Als Entwicklungshelfer versteht er sich aber nicht: „Wir sind ein Unternehmen, das Gewinne erzielen will.“ Und das schon in zwei Jahren.

Unternehmer vom Schlage Hartmanns sind in Afrika rar – und genau das ist ein Problem. Nachdem jahrzehntelange Entwicklungshilfe den Kontinent wenig vorangebracht hat, setzt sich bei immer mehr Experten die Auffassung durch, dass Afrika nur durch privatwirtschaftliches Engagement der Sprung aus der Armut gelingen kann. „Wirtschaftlicher Aufschwung funktioniert da, wo Menschen in gute Jobs kommen“, meint Stefan Liebing, Vorsitzender des Afrika-Vereins der deutschen Wirtschaft. „Die deutsche Entwicklungshilfe hat das nicht zu ihrem Schwerpunkt gemacht.“ Das

Anwalt Hartmann könnte ein Verbündeter sein bei dieser Revolution. Er versah sein Farmland zunächst mit einer Bewässerungsanlage samt Pumphaus und Becken. Die Wassernutzungsrechte, erzählt er, habe er ordentlich beantragt, was bei der Behörde einige Überraschung ausgelöst habe. „Das ist da wohl sonst nicht gerade üblich“, glaubt er.

Die Bauern in der Umgebung hätten zunächst skeptisch auf das Projekt reagiert. „Doch als sie gesehen haben, was wir auf die Beine stellen, waren sie beeindruckt. Wir haben uns Respekt erarbeitet.“ Auch kam gut an, dass er lokale Arbeitskräfte beschäftigte: Ein Team von 40 Leuten war an den Vorbereitungen beteiligt.

In einem ganz anderen Maßstab operiert Amatheon Agri. Die Berliner Firma übernahm 2012 in Mumbwa (Sambia) gleich »

Mehr Ertrag: Traktoren der Hausmarke Massey Ferguson sind Teil des „Mechanisierungspakets“, das der US-Konzern AGCO Kooperativen in Afrika anbietet.



40.000 Hektar Ackerland, drei Autostunden entfernt von der Hauptstadt Lusaka. Heute werden auf rund 3.000 Hektar Mais, Soja, Weizen sowie Erdnüsse angebaut. Die klimatischen Bedingungen erlauben zwei Ernten im Jahr. 2.000 Hektar dienen Rindern als Weideland. Im vergangenen Jahr ging Amatheon eine Partnerschaft mit einer Tochter der japanischen Toyota-Gruppe ein, um weitere 2.700 Hektar zu entwickeln. Die Firma investierte zehn Millionen US-Dollar, unter anderem in ein Bewässerungssystem.

Organisationen wie Attac und Oxfam sind schnell mit dem Vorwurf „Landgrabbing“ bei der Hand, wenn Ausländer in Afrika ambitionierte Projekte starten. Firmengründer Carl Heinrich Bruhn kennt die Kritik – und versteht sie nicht. „Wir machen hier eine Langzeitinvestition, wir nehmen keinem etwas weg“, sagt er. Das Grundstück war zwar als Farmland ausgewiesen, lag aber vor Amatheons Einstieg brach. Seine Firma verwandelte also Busch- in Farmland. „Das war ein guter Einstieg, um die Palette der Herausforderungen in Afrika kennenzulernen“, so Bruhn.

Aber auch die Chancen. Absatzprobleme kennt die Großfarm nicht. Die Inlandsnachfrage sei hoch, die Preise seien es auch, „die Bevölkerung wächst schneller als die Nah-

rungsmittelproduktion“, sagt Bruhn. Importsubstitution sei Teil des Geschäftsmodells. Amatheon kooperiert mit 9.000 Kleinbauern in der Region. Die Firma bietet Saat- und Düngemittel an, kauft Ernteüberschüsse auf und schult in Zusammenarbeit mit lokalen Initiativen kostenlos an Landmaschinen. Auch werden Kontakte zu Organisationen vermittelt, die kleine Kredite vergeben. Bruhn sieht seine Farm als Zugmaschine, die auch denen Kraft verleiht, die allein nicht



„DAS WAR EIN GUTER EINSTIEG, UM DIE PALETTE DER HERAUSFORDERUNGEN IN AFRIKA KENNENZULERNEN.“

Carl Heinrich Bruhn, Inhaber und Firmengründer von Amatheon Agri

über die Selbstversorgung hinauskommen. „Das ist das Zukunftsmodell.“ Und es ist erst der Anfang. In Afrika fehle es „allerorts an weiterverarbeitenden Betrieben“, heißt es in der Studie des Berlin-Instituts. Konsequenterweise sind Bruhn und seine Mitstreiter in die Fleischverarbeitung eingestiegen; auch Mais, Soja und Erdnüsse wollen sie künftig veredeln. 2014 haben sie zudem in Uganda eine weitere Farm aufgemacht.

Mit diesem intensiven Engagement ist Amatheon, hinter dem die Sapinda-Gruppe des früheren Unternehmer-Wunderkindes Lars Windhorst steht, allerdings ziemlich allein. Insgesamt investieren Deutsche in Afrika eher wenig, zumal verglichen mit Asien: In China hat die deutsche Wirtschaft rund 48 Milliarden Euro angelegt, in ganz Afrika nur knapp zehn Milliarden.

Das liege auch an Schreckensnachrichten wie den Entführungen von Boko Haram im Norden Nigerias oder dem Ebola-Ausbruch in Guinea, meint Afrika-Experte Liebing. Es entstehe der Generaleindruck, dass es viel zu unsicher und chaotisch ist, um dort zu investieren. Er hält das für eine Fehlwahrnehmung. „Afrika ist nicht der Kontinent der Kriege und Krankheiten.“ Viele Staaten sind politisch stabil, einige sogar vergleichsweise wohlhabend. In Südafrika, Namibia und Algerien etwa liegt das Pro-Kopf-Einkommen höher als in China. Längst hat sich in Metropolen wie Lagos (Nigeria) und Nairobi (Kenia) eine kaufkräftige Mittelschicht gebildet, die ähnliche Konsumbedürfnisse hat wie die Europas.

Um eine Erfolgsgeschichte wie in China zu wiederholen – dort haben sich die deutschen Investitionen binnen zehn Jahren verfünffacht –, brauche es in Afrika aber zusätzliche Unterstützung, insbesondere bei Energie- und Verkehrsprojekten. „Infrastrukturprojekte umzusetzen ist langwierig und zäh.“ In Afrika passiere vieles zum ersten Mal, Pioniere hätten hohe Anlaufkosten. Liebing schlägt vor, Investitionen von Mittelständlern durch eine staatliche Versicherung abzufedern. Bruhn und Hartmann wünschen sich eine stärkere Verknüpfung von Entwicklungshilfe und unternehmerischen Aktivitäten – Public Private Partnership.



Stimme der Vernunft:

Der Ökonom James Shikwati, hier auf einer TEDglobal-Veranstaltung in Arusha (Tansania), fordert ein neues Verständnis von Entwicklungshilfe.

Entwicklungshilfe abschaffen!

Seit mehr als zehn Jahren wirbt der kenianische Ökonom James Shikwati für ein neues Verständnis von Entwicklungszusammenarbeit. In ihrer gegenwärtigen Form hindere sie Afrika daran, Anschluss an die globalen Wertschöpfungsketten zu finden. Sie „verstärkt eine paternalistische Einstellung, die es den Völkern erschwert, die vor ihnen liegenden Herausforderungen anzupacken“, schrieb er 2014 in einem Aufsatz mit dem Titel „Das neue Afrika braucht eine neue deutsche Politik“.

Der Direktor des Interregionalen Wirtschaftsnetzwerks (IREN) in Nairobi kritisiert die „Helfermentalität“ von Industrieländern und ihren Organisationen: Durch den Strom von ausländischem Geld konzentrierten sich die Afrikaner darauf, einen möglichst großen Teil von diesem Kuchen zu bekommen, und vernachlässigten den Aufbau eigener Projekte. Das zementiere bestehende Strukturen und mache Regierungen „zu korrupten Räubern im Dienste elitärer Interessengruppen“.

Kritisch sieht Shikwati auch die Rolle der Helfer, die keineswegs uneigennützig seien. Vielmehr gehe es ihnen um die Sicherung ihrer Arbeitsplätze, um Einfluss und um Rohstofflieferungen. Der 45-Jährige macht dabei keinen Unterschied zwischen staatlichen und privaten Organisationen.

Shikwati regt an, die internationale Zusammenarbeit nicht an den Schwächen, sondern den Stärken der 54 afrikanischen Staaten auszurichten — etwa Ressourcenreichtum und entwicklungsfähige Märkte. „Ein solches Modell sollte auch für die deutsche Verarbeitungsindustrie ein Anreiz sein, sich in Afrika anzusiedeln.“ Im Gegenzug müssten die Staaten Afrikas ihre Märkte öffnen und verlässliche Rahmenbedingungen schaffen, damit Ausländer Unternehmen aufbauen könnten. Die Friedrich-Naumann-Stiftung zeichnete Shikwati 2015 mit dem Walter-Scheel-Preis für Engagement in der Entwicklungszusammenarbeit aus.

„Viele Regierungen in Afrika tun viel, um das Investitionsklima in ihren jeweiligen Ländern zu verbessern“, findet Martin Richenhagen. Der deutsche Chef des amerikanischen Landmaschinenherstellers AGCO (deutsche Marke: Fendt) veranstaltete bereits zum fünften Mal einen „Africa Summit“ mit Entwicklungshelfern, Unternehmen und Bankern während der „Grünen Woche“ in Berlin. Das Ziel: Konzepte finden, die Afrikas Landwirtschaft produktiver machen. In diesem Jahr stellte AGCO ein „Mechanisierungspaket“ vor, das Kooperativen zum Sonderpreis erwerben können und das, so AGCO, den Flächenertrag um das Dreifache steigert. Für Richenhagen ein erster Schritt: „Wenn der technologische Wandel in der Agrarwirtschaft gelingt, hat der Kontinent alle Möglichkeiten, ein entscheidender Player auf den Agrarrohstoffmärkten der Zukunft zu werden.“

In Sambia hat AGCO eine „Future Farm“ mit derzeit 50 afrikanischen Mitarbeitern aufgebaut. Auf der 150 Hektar großen Fläche nahe Lusaka werden lokale Anbaumethoden verbessert und Landwirte an Traktoren geschult. „Die Farm ist natürlich auch ein Vertriebstool“, sagt Richenhagen. „Neben dem Training an neuen Technologien versuchen wir aber auch, den Bauern und Vertriebspartnern Grundkenntnisse der Landwirtschaft zu vermitteln. So vereinbaren wir humanitäre und geschäftliche Ziele.“ Die Gründung einer weiteren Future Farm läuft.

Auch bei Hartmann geht es voran. Ende März pflanzte der deutsche Botschafter in Äthiopien, Joachim Schmidt, symbolisch das erste Paprikabäumchen in Sodo. Wenig später meldete der Anwalt nach Deutschland: „Bewässerungsanlage läuft, Wasser ist auf dem Land. 100 Hektar können nun nach und nach bepflanzt werden!“ ●



CHRISTINE MATTAUCH arbeitet als freie Journalistin. Sie war vor 15 Jahren in Südafrika und damals überrascht, wie fruchtbar die Böden waren. Jetzt weiß sie, dass dies auch für viele andere Regionen des Kontinents gilt.

redaktion@libmag.de



Das walisische Dorf der Steuerrebelln

Die Kleinen schröpft er, die Großen lässt der Fiskus laufen — diesen Eindruck haben viele Bürger, nachdem immer neue Tricks bekannt werden, mit denen Hochvermögende, Banken und Großkonzerne ihre Abgabenlast senken. Einer Gruppe von Geschäftsleuten im walisischen Crickhowell reichte es. Sie haben ihre ganz eigene Protestaktion gegen den Steuerirrsinn gestartet.

// TEXT // JAN-PHILIPP HEIN

Stellen Sie sich einmal folgende Geschichte vor: Die Händler und Geschäftsleute der Haupteinkaufsstraße einer kleinen Ortschaft schließen sich zusammen. Sie engagieren Top-Berater und Juristen, die zu astronomischen Stundensätzen arbeiten, und lassen sich von denen erklären, wie sie ihre kleinen Betriebe – Kaffeeladen, Bäckerei, Optiker etc. – legal in Steuerparadiese verlegen können. Sie gründen Offshore-Tochterfirmen und entwi-

ckeln vertrackte Strategien, um das Geld, das sie Tag für Tag verdienen, zwischen Firmensitz und Briefkastenfirmen zirkulieren zu lassen, auf dass es stets dem Zugriff des örtlichen Finanzamtes entzogen ist. Mit diesem Plan in der Tasche besuchen die Unternehmer ihre Steuerverwaltung und verlangen, genauso behandelt zu werden wie die ganz Großen, wie Google, Amazon, Facebook & Co, die wenig bis gar keine Steuern bezahlen. Stets dabei ist ein

Fernsehteam eines öffentlich-rechtlichen Senders.

In Deutschland wäre diese Geschichte undenkbar. Einzelhändler heißen hier Einzelhändler, weil sie stets einzeln handeln und sich nie zusammenschließen würden. Und wer hier Steuern sparen will, macht das im Verborgenen. Zu groß ist die Gefahr, als asozial stigmatisiert zu werden – beispielsweise von einem Magazin eines öffentlich-rechtlichen TV-Senders.

Deshalb spielt diese Geschichte auch nicht in Deutschland, sondern in Wales, in einer Kleinstadt namens Crickhowell – ein Ort so schön wie die Kulisse in einem Rosamunde-Pilcher-Roman. Die handelnden Personen sind allerdings weit spannender als jede Rolle in den pseudobritischen ZDF-Schmonzetten. Die renitenten Firmenbesitzer Crickhowells heißen Jo, Irena, Steve und Jeff. Die Steuerparadiese der hart arbeitenden Kleinunternehmer sind die Isle of Man und Amsterdam. Der öffentlich-rechtliche Sender ist natürlich die BBC.

Charmanter kann Protest kaum sein. Während in Deutschland Buchhändler ihre Kunden mit Amazon-Boycott-Aufrufen agitieren und jedem Online-Shopper vom Ladenbesitzer nebenan ein schlechtes Gewissen gemacht wird, nehmen die Waliser ihr Steuerschicksal in die eigenen Hände. Motto: Was die Großen können, können wir auch! Knapp 9.000 Likes hat die „Fair Tax Town“ mittlerweile auf Facebook. Was als Aufstand einer kleinen Geschäftsstraße begann, ist mittlerweile eine Bewegung geworden. Immer mehr Ortschaften schließen sich dem Protest an.

Das Ziel der Kampagne ist: Alle sollen zahlen! Es geht Jo, Irena, Steve und Jeff nicht wirklich darum, keine Steuern mehr abzuliefern, sondern Druck auf die Regierung zu machen, auf dass diese den trickreichen Steuervermeidern das Handwerk legt. Doch es könnte am Ende ganz anders kommen. Gut möglich, dass der Steueraufstand kleiner und mittlerer Unternehmen dazu führt, dass den „Big Boys“, wie die Konzerne von den Walisern genannt werden, die Wege in die Steuerparadiese nicht etwa versperrt werden. Vielleicht steht am Ende der Initiative die Abschaffung oder wenigstens eine drastische Senkung der Unternehmenssteuern.

Man kennt das bereits vom deutschen Dosenpfand. Damit wollte die Regierung die Mehrwegquote steigern. Doch am Ende ist das genaue Gegenteil passiert. Viele Szenari-

en sind jetzt denkbar. Was, wenn sich herausstellt, dass kleine Firmen mit dem gesparten Geld weitere Mitarbeiter anheuern (die dann ja ihrerseits wieder Steuern zahlen)? Was, wenn die „Big Boys“ ihre UK-Dependancen schließen und ihre Mitarbeiter entlassen (die dann ja ihrerseits keine Steuern mehr zahlen)?

Die Bewegung ist der Einstieg in den fairen Standortwettbewerb

Das Fair Tax Movement ist der Einstieg in einen echten steuerlichen Standortwettbewerb. Da bisher nur die Großen die juristisch komplizierten Konstrukte zur Steuervermeidung aufbauen und überhaupt nur nutzen konnten, sah sich bisher auch keine Regierung gezwungen, wirklich faire Unternehmenssteuern zu beschließen. Fleischer, Blumenhändler und Fahrradwerkstätten hatten keine Chancen, ihnen zu entfliehen.

Fünf Millionen kleine Betriebe, so sagt es der nette und doch sichtlich schockierte Mensch in der Londoner Finanzverwaltung vor der BBC-Kamera, gebe es in Großbritannien. Denen gegenüber stehen 2.000 Konzerne, von denen viele über ihre Auslandsfirmen dafür sorgen, dass sie weniger Steuern zahlen als ein Dorfbäcker. Man muss halt nur wissen, wie es geht – völlig legal.

Wenn nun aber die Lobby der Dorfbäcker, Fleischer, Buchläden und Kaffeeverkäufer nicht nur in England, sondern beispielsweise auch im Hochsteuerland Deutschland dafür sorgt, dass ihre Klientel legale Offshore-Strategien nutzt, werden sich diese Länder Gedanken über ein wirklich faires Steuersystem machen müssen. Eines, das Unternehmer eben nicht dazu zwingt, an schönen und weit entfernten Orten der Welt eine Briefkastenfirma zu unterhalten.

Ein System, wie es beispielsweise in Estland zu finden ist. Unternehmensgewinne werden dort völlig steuerfrei gestellt, wenn sie in der Firma verbleiben. Wer also



Einzelhändler in Crickhowell: Dank ihrer Auslandsfirmen in Steuerparadiesen zahlen viele Konzerne in Großbritannien weniger Steuern als ein Dorfbäcker, Fleischer oder Blumenhändler.

in sein Unternehmen investiert, muss vorher nicht noch Strafgebühren an den Staat bezahlen. Erst wenn die Inhaber den Gewinn aus ihrer Firma entnehmen, wird er der estnischen Flat Tax von derzeit 20 Prozent unterworfen. Es könnte alles so einfach sein. Und je mehr Orte sich dem Fair Tax Movement anschließen, desto wahrscheinlicher wird es. ●

Weitere Informationen: www.fairtaxtown.com



JAN-PHILIPP HEINE lebt und schreibt in Bremen – einer Stadt, die sich gerne als gallisches Dorf inszeniert und die bestens geeignet wäre, sich dem Fair Tax Movement anzuschließen. Mit Radio Bremen wäre auch eine öffentlich-rechtliche Anstalt vorhanden, die den hanseatischen Steueraufstand ins Bild setzen könnte.
redaktion@libmag.de

Die Mär vom armen Staat

Wussten Sie eigentlich, dass die öffentlichen Kassen seit zehn Jahren überquellen?

// TEXT // KARL-HEINZ PAQUÉ

Klagen und Jammern – das gehört zum täglichen Geschäft der Finanzpolitik. Was haben wir nicht für gewaltige Herausforderungen, und wie eng der Gürtel doch ist, den sich Bund, Länder und Gemeinden umschnallen müssen!

Wirklich? Ein Blick auf die Statistik zeigt, dass die Realität der Steuereinnahmen ganz anders aussieht, jedenfalls seit gut zehn Jahren. Bis 2005 war die Lage in der Tat äußerst kritisch; das Steueraufkommen in Deutschland stagnierte nach der Jahrtausendwende – und dies selbst bei einem wenn auch mäßigen Wirtschaftswachstum. Hauptgrund dafür waren die Steuerreformen der rot-grünen Koalition, die vor allem das Aufkommen der Körperschaftsteuer vorübergehend zerstäubten. Seit 2006 sieht die Situation ganz anders aus: Die Steuereinnahmen lagen im Jahr 2015 um 220 Milliarden Euro höher als 2005; sie nahmen in diesem Zeitraum um fast 50 Prozent zu, das sind im Durchschnitt 4,1 Prozent pro Jahr.

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) stieg im selben Zeitraum nominal um ganze 20 Prozent – die Arbeitnehmer erhielten gerade mal 23 Prozent mehr Lohn. Treffen die Steuerschätzungen für die kommenden Jahre zu, werden die öffentlichen Kassen bis 2020 weiter geflutet – es kommen nochmals 135 Milliarden Euro oben drauf.

Von einem armen Staat kann also nicht die Rede sein. Es war die Gesellschaft, die in den vergangenen Jahren sparsam gelebt hat, nicht die öffentliche Hand.

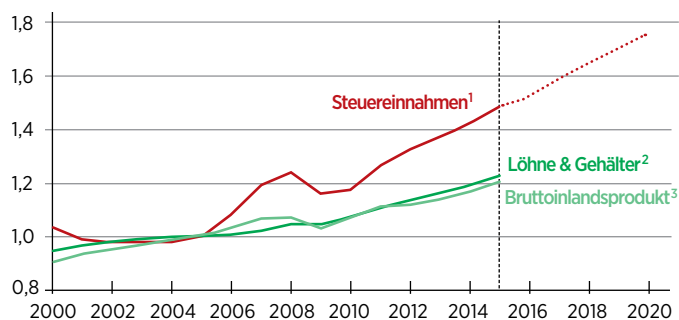
Die Lohnsteigerungen waren lange Zeit moderat – auch im öffentlichen Dienst, was den staatlichen Haushalten sehr half. Noch mehr Unterstützung kam von den Finanzmärkten: Dank global niedriger Zinsen und der guten Bonität Deutschlands nahm die Zinsbelastung drastisch ab – Anfang Mai lag die jährliche Rendite zehnjähriger Bundesanleihen bei weniger als 0,15 Prozent.

Warum also das Gerede vom armen Staat? Ganz einfach: Die Obrigkeit klagt und jammert, um die Bürger einzuschüchtern. Ihnen soll der Mut genommen werden, Steuersenkungen und eine Reform der kalten Progression zu fordern. Die Zahlen zeigen: Nie waren solche Forderungen berechtigter als heute. ●



KARL-HEINZ PAQUÉ (59) ist Inhaber des Lehrstuhls für Internationale Wirtschaft an der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg.
redaktion@libmag.de

Entwicklung von Steuereinnahmen, Löhnen und Bruttoinlandsprodukt



1 Steuereinnahmen insgesamt, ab 2016 Ergebnisse der Steuerschätzung Mai 2016; 2005=100
2 Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer (Inland); 2005=100; 3 BIP in jeweiligen Preisen je Erwerbstätigen (Inland); 2005=100 Quelle: BMF (2004, 2008, 2012, 2015a, 2015b); VGRdL (2016a, 2016b)

Innovation ist der Rohstoff der Zukunft

Roadshow „Mittelstand und Gründer fördern“ tourt 2016 durch Deutschland



Die bundesweite Roadshow der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit und ihrer Kooperationspartner bietet Mittelständlern, Start-Ups, Wissenschaft und Politik die Möglichkeit, sich in ihrer Region zu informieren, auszutauschen und zu vernetzen.

An elf Stationen diskutieren wir Fördermöglichkeiten, gesellschaftliche Rahmenbedingungen und konkrete Innovationsprojekte. Informieren Sie sich über politische Rahmenbedingungen für Ihre Vorhaben und erhalten Sie Impulse von regionalen Unternehmen, Initiativen und Netzwerken!



„Mit der Roadshow 2016 wollen wir Gründern und Mittelständlern Impulse für die Verwirklichung ihrer Innovationsprojekte geben. Die Rahmenbedingungen für ein innovationsfreundliches Klima müssen weiter verbessert werden.“

Michael Krause
Geschäftsführer der AIF F-T-K GmbH

„Besonders im Hinblick auf den internationalen Wettbewerb brauchen wir eine mittelstandsfreundlichere Politik. Deshalb muss die Bundesregierung endlich die Betriebe entlasten. Das verschafft ihnen Luft für Investitionen in Innovationen.“

Prof. Dr. Roland Wöller
Bundesgeschäftsführer des BVMW

freiheit.org/innovationsoffensive

Klassenzimmer auf Achse

Alle zwei Wochen eine neue Schule, neue Lehrer und neue Mitschüler – Kinder wie die der Schaustellerfamilie Schneider haben einen Alltag, der von allen Beteiligten höchste Flexibilität erfordert. Unterschiedliche Bildungsstandards in den Bundesländern kollidieren mit der Mobilität, die zu ihrem Leben dazugehört. // **TEXT // ANNA BUSCH // FOTOS // ALEX KRAUS**



Hans (9) sitzt am Küchentisch und macht Mathehausaufgaben. Seine Mutter Janida Schneider spült den letzten Teller vom Mittagessen. „Wenn du Hilfe brauchst, sagst du Bescheid, ja?“, sagt die 40-Jährige und wischt über das Cerankochfeld. Eine normale Alltagsszene. Nur, dass bei Familie Schneider im Hintergrund ohrenbetäubend der in die Jahre gekommene Song „Everybody“ von den Backstreet Boys läuft. Im Takt der Schmachtsänger wirbelt in unmittelbarer Nachbarschaft der „Break Dancer“ die Kirmesbesucher in die Luft; Mädchen kreischen. „Und jetzt noch mal eine Runde schneller“, tönt es aus den Lautsprechern.

Familie Schneider aus dem westfälischen Lippstadt betreibt die Geisterbahn „Pirates Adventure“. Mindestens sieben Monate im Jahr reisen die Eltern Michel und Janida Schneider mit ihren Kindern Hans,

Louis (17) und Danielle (20) von einem Rummelplatz zum nächsten – deutschlandweit. Für den Viertklässler Hans bedeutet das: Er besucht im Schnitt alle zwei Wochen eine neue Grundschule. Seine Geschwister haben den ständigen Schulwechsel bereits hinter sich. Louis absolviert eine Ausbildung im elterlichen Unternehmen, Danielle macht gerade ihr Abitur.

Etwa 10.000 bis 12.000 Kinder „beruflich Reisen“, so der behördliche Fachbegriff, sind in Deutschland unterwegs. Dazu gehört nicht nur der Nachwuchs von Schaustellern; auch Kinder von reisenden Handwerkern, Marktbesckern, Puppenspielern oder Binnenschiffern sind in dieser Zahl erfasst. Laut Deutschem Schaustellerbund e. V. (DSB) sind hierzulande insgesamt rund 4.950 Schaustellerunternehmen mit 22.770 Beschäftigten gemeldet. Sie betreiben mehr als 11.000 Geschäfte und beschicken jährlich etwa 9.900 Volksfeste sowie 1.450 Weihnachtsmärkte.

Eine feste Deutschlandroute haben die Schneiders nicht. Zwar sind einige Veranstaltungen wie der Hamburger Dom oder die Soester Allerheiligenkirmes jedes Jahr fest eingeplant, aber es kommen auch immer neue Feste dazu. Wie das Kulmbacher Volksfest, auf dem die Familie mit ihrem 14 Meter langen Wohnwagen in diesem Jahr zum ersten Mal Station macht. „Fahrgeschäfte und Wohnwagen sind auf diesem Platz sehr nah beieinander“, sagt Janida Schneider und schließt die Tür ihres Zuhauses auf vier Rädern. Der Lärm schafft dennoch seinen Weg bis zum Küchentisch. Die Kaffeetasse vibriert leicht »



**Bewegtes Familien-
leben:** Mit ihrem
Fahrgeschäft touren
Danielle, Vater Michael,
Hans, Louis und Mutter
Janida Schneider
(v.l.n.r.) jedes Jahr
Tausende Kilometer
durch Deutschland. Für
die Kinder bedeutet das:
ständige Schulwechsel.



Ständige Mitarbeit: Für die Kinder Reisender gibt es viele Bildungsangebote. Doch darauf allein können sich deren Eltern nicht ausruhen. Janida Schneider geht daher mit ihrem Sohn Hans regelmäßig die Lehrpläne seiner Stammschule durch.

im Takt. „Ich merke das kaum noch“, meint Danielle trocken. Die 20-Jährige hat ihren eigenen kleinen Wohnwagen, der unmittelbar neben dem Wohnwagen der Eltern platziert ist. Zwischen Zuckerwatteduft und Achterbahn lernt sie momentan fürs Abitur. Die letzte Klausur in Biologie hat sie gerade hinter sich gebracht. „Lief ganz gut“, schätzt sie. Jetzt fehlt nur noch die mündliche Prüfung. In einem Dortmunder Weiterbildungskolleg absolviert Danielle einen Fernlehrgang für Schaustellerkinder. Ein- bis zweimal im Monat muss sie vor Ort in Dortmund sein; ansonsten lernt sie am heimischen Computer. Vor den Abiturprüfungen reiste sie jeweils einen Tag früher zur Großmutter, die in ihrer Heimatstadt Lippstadt wohnt. „Das war für Danielle deutlich entspannter, als aus Bayern direkt ins Klassenzimmer zu reisen“, sagt ihre Mutter.

Danielle ist eins von wenigen Schaustellerkindern, die Abitur machen. Sie musste ein Jahr warten, bis überhaupt ein Fernkurs an der Dortmunder Schule zustande kam. „Ich habe mit drei Zirkuskindern angefangen. Ich bin die Einzige, die durchgehalten hat.“

Dass sie durchgehalten hat, sei auch ihrem Bereichslehrer Christoph Degener zu verdanken. Er begleitet die Familie bereits seit 13 Jahren. Deutschlandweit gibt es rund 150 sogenannte Bereichslehrer. Sie decken bestimmte Regionen in einem Bundesland ab und sind die Schnittstelle zwischen den beruflich reisenden Familien und den Schulen. Bevor Familie Schneider in die Saison startet, teilt sie Christoph Degener ihre Route mit. Degener kontaktiert die entsprechenden Bereichslehrer in den jeweiligen Bundesländern, die wiederum die Schulen informieren, wann beispielsweise Hans vor Ort sein wird und was er laut Stammschule in Lippstadt während seines Aufenthalts lernen soll. Wie viele Kinder er betreut, ist jedes Jahr unterschiedlich. „In einer Saison habe ich einmal 300 gezählt. Das war aber eine große Ausnahme, weil zu dieser Zeit viele Kleinzirkusse Station bei uns im Gebiet gemacht haben“, sagt Degener. Wenn der Reiseweg der Schneiders das Gebiet von Degener kreuzt, kommt er auch persönlich zum Festplatz und lernt mit den Kindern im Wohnwagen. „Einige Kinder habe ich nur einmal gesehen, andere treffe ich regelmäßig.“ Seit 1997 betreut er beruflich Reisende – und war damit einer der ersten Bereichslehrer überhaupt. „Es hat sich viel verbessert. Dennoch erlebe ich immer noch häufig, dass die Beschulung der Kinder auf der Reise nicht unseren Vorstellungen entsprechend organisiert ist. Schule und Reisen passt nicht zusammen.“ Schule auf der Reise erfordert von allen Beteiligten viel Flexibilität und unkonventionelle Ideen.

Ohne Bereichslehrer würde Schule für Kinder beruflich Reisender nicht funktionieren, davon ist Martin L. Treichel überzeugt. Er ist selbst studierter Lehrer und Präsident des bundesweiten Bildungsverbands für Kinder beruflich Reisender (BERID). Seit 1989 setzt er sich für die Schulbildung von Schaustellerkindern ein. „Es hat sich in den vergangenen Jahren viel getan“, sagt er. Treichel erinnert sich noch gut an eine Zeit, in der viele Schulen mit den Gastschülern von Kirmesplätzen oder aus dem Zirkuszelt überfordert waren. „Setz dich einfach in die letzte Reihe“ – so in etwa hätte meistens der Begrüßungssatz der Lehrer gelautet. Die Schule bestätigte die Anwesenheit mit einem Stempel – damit war die Schulpflicht erfüllt. Ob die Kinder etwas gelernt haben oder auf welchem Wissensstand sie waren, das notierte niemand. Aus den Augen, aus dem Sinn – ab zur nächsten Schule.

Mittlerweile gibt es ein Schultagebuch, das die Schüler vor Beginn der Reisesaison von der Stammschule oder von der zuerst besuchten Grundschule erhalten. „Es begleitet das Kind während der gesamten Schulzeit, hilft Lehrern auf der Reise, das nötige Unterrichtsangebot bereitzustellen und gibt den Eltern einen Überblick über den Lernfortschritt“, erklärt Treichel das Konzept.

Ergänzend zum Schultagebuch wird den Kindern in ihrer Stammschule ein Klassenlehrer oder Tutor zugeordnet, der die Schullaufbahn begleitet und auch während der Reisesaison Ansprechpartner für Kind und Eltern ist. Er gibt den Familien Schulbücher der Stammschule, Lernmaterialien und individuelle Lernpläne für die Monate auf Reisen mit.

Diese Angebote bringen etwas Kontinuität und gesicherte Ankerpunkte in das schulische Leben. Dennoch ist kaum zu gewährleisten, dass die Kinder nahtlos von einem Lehrplan in den nächsten springen. Jede Schule erhält zwar vom Schulministerium übergeordnete Kernlehrpläne, die Ausgestaltung und der Zeitpunkt, wann welches Thema im Schuljahr behandelt wird, bleibt aber den Lehrern überlassen. Danielle lächelt bei der Frage, ob ihr schon einmal Unterrichtsstoff doppelt begegnet sei. „Doppelt? Den Sonnenkönig und die Französische Revolution habe ich bestimmt viermal gehabt.“

Was Danielle in ihrem Schulalltag erlebt hat, spielt auch für Kinder von Familien eine Rolle, die innerhalb von Deutschland umziehen. Deren Zahl steigt. Wer sich die Bundesstatistik anschaut, kommt zu einer geschätzten Zahl von rund einer Million Kinder und Lehrer, die während ihrer Schulzeit beziehungsweise ihres Arbeitslebens das Bundesland wechseln – und



Schulmobile

In einigen Bundesländern — unter anderem in Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Hessen — gibt es sogenannte Schulmobile. Das rollende Klassenzimmer wird ergänzend zum Regelschulbesuch eingesetzt. Bereichslehrer fahren mit den Schulmobilen zum Stellplatz der reisenden Familien und können die Kinder individuell fördern und schulisch begleiten. Das Fahrzeug ist mit zahlreichen Lernmaterialien, Lehrwerken und Lernspielen ausgestattet. Auch Laptops mit Lernprogrammen werden eingesetzt.

Zirkusschule

In Nordrhein-Westfalen hat die Evangelische Kirche im Rheinland die „Schule für Cirkuskinder“ eingerichtet. Auch hier werden Wohnmobile eingesetzt — allerdings nicht nur als Ergänzung zum Regelschulbesuch. Die Fahrzeuge und Lehrer reisen fest mit den Zirkussen durch NRW und sind die mobile Schule der Kinder. Das Projekt ist bislang deutschlandweit einzigartig. Mehrere von der Schule für Cirkuskinder unterrichtete Schüler haben auf der Reise bereits das Abitur abgelegt; vor 20 Jahren wäre das noch undenkbar gewesen.

mit uneinheitlichen Bildungsstrukturen klarkommen müssen.

Eine weitere Schwierigkeit sind die unterschiedlichen Schulferien in den Bundesländern. Es kommt vor, dass die Schaustellerfamilien von einer Ferienzeit in die nächste reisen. Je nach Route können auf diese Weise bis zu 40 Prozent der Unterrichtszeit verpasst werden.

„Auch meine Kinder hatten schon öfters länger Ferien als vorgesehen“, sagt Janida Schneider. Allerdings durfte Hans in den bayerischen Pfingstferien nicht seine Zusatzfreizeit genießen, sondern musste im Gegensatz zu den Schülern, die fest im Bundesland wohnen, fleißig am heimischen Schreibtisch sitzen. Seine Mutter organisierte über eine Anzeige in Lokalzeitungen eine Grundschullehrerin, die mit Hans weiter den Lernplan verfolgte. Reisende Eltern müssen für die Schulbildung ihrer Kinder auch mal improvisieren und stets den Überblick behalten. Janida Schneider erhält von Hans' Stammschule Wochenlernpläne, die sie mit ihrem Sohn durcharbeitet. „Es gibt viele Angebote und ich bin sehr dankbar für die Flexibilität, die uns entgegengebracht wird. Aber als Eltern kann man sich nicht darauf ausruhen. Man muss auch selbst hinterher sein“, sagt die 40-Jährige.

Einmal die Woche erhält der Neunjährige zusätzlich Förderunterricht und Hausaufgabenhilfe durch eine Bereichslehrkraft der Bezirksregierung Arnsberg über die Online-Lernplattform LARS („Lernen auf Reisen“-Schule). Die Förderstunde findet an einem speziell für Hans eingerichteten Online-Schreibtisch mittels eines Sprach-Chats statt.

Für Hans ist die ungewöhnliche Nachhilfestunde nichts Besonderes. Er kennt es nicht anders. Auch wenn Lehrer, Schüler und Lehrpläne ständig wechseln — eines ist immer gleich: das Vorstellungsritual. „In jeder Schule gehe ich kurz vor die Klasse und erzähle, dass ich Hans heiße und dass meine Eltern ein Fahrgeschäft haben. Die anderen Kinder wollen dann immer wissen, was wir haben und was eine Fahrt kostet.“ Um große Freundschaften zu schließen, bleibt in den wenigen zur Verfügung stehenden Tagen kaum Zeit. Die guten Freunde von Hans besuchen seine Stammschule in Lippstadt. Mit ihnen ist er vor drei Jahren eingeschult worden. Janida Schneider zeigt auf ihrem Handy stolz ein Foto von der Einschulung: Hans steht mit einer großen, blauen Schultüte in den Armen vor einem Gebäude und lächelt. Ein Bild wie in jeder anderen Familie auch, nur, dass Hans seine neu gewonnenen Freunde nach vier Tagen wieder verlassen musste. Der nächste Festplatz rief. ●



ANNA BUSCH

ist als gebürtige Düsseldorferin Stammgast auf der größten Kirmes am Rhein. Sie fand es schon immer schade, dass in den Annoncen der Schausteller stets nur ein „junger Mann“ zum Mitreisen gesucht wurde. Als junge Frau wäre sie auch gerne mal dabei gewesen.

redaktion@libmag.de

ZIVILCOURAGE: HALTET DEN DIEB!



Den Anruf bekommen die Mitglieder der Band Shirley Holmes am Abend: „Es gab einen Einbruch im Proberaum. Euer Equipment ist weg.“ Die beiden Sängerinnen Sigi und Mel und Schlagzeuger Matt nehmen sofort das nächste Taxi nach Berlin-Kreuzberg, wo sie sich zusammen mit einigen anderen Bands einen Proberaum teilen. Vor Ort angekommen, die nüchterne Bilanz: Bis auf einen Verstärker ist alles weg. Instrumente, Technik – insgesamt Gegenstände im Wert von mehreren Tausend Euro. Doch fast viel schwerer wiegt der Folgeschaden. Plötzlich fehlen Dinge, die die Musiker nicht nur über

Es sind die kleinen, alltäglichen Begebenheiten, in denen sich entscheidet, ob wir uns allein auf den Staat verlassen oder ob die Zivilgesellschaft nicht doch mehr kann. Zum Beispiel Courage haben. Eine Geschichte über die Band Shirley Holmes aus Berlin, die sich nicht zufriedengeben wollte – und gewonnen hat.

// TEXT // KATHARINA LOTTER

viele Jahre begleitet haben und an denen ihr Herz hängt – ohne sie können sie weder produzieren noch auftreten. Die drei Musiker rufen die Polizei. Die Beamten nehmen die Details des Diebstahls auf und schreiben eine Anzeige. Dann wird die Kripo hinzugezogen, die nach Mitternacht kommt, um nach Einbruchsspuren zu suchen – ergebnislos. Die Diebe müssen ganz normal rein-

gekommen sein. Vielleicht hatten sie einen Schlüssel. Vielleicht war der Raum unverschlossen. Und dann dieser Satz, den keiner hören will, der gerade beklaut wurde: „Das könnt ihr vergessen, ihr werdet eure Sachen wahrscheinlich nicht wiedersehen.“

Immerhin erzählen die Beamten Sigi, Mel und Matt, was sie sich denken: Wer so viel Equipment auf einmal klagt, hat die

Sachen längst zu einem festen Abnehmer gebracht oder bunkert sie, bis niemand mehr an den Diebstahl denkt, um sie dann Stück für Stück zu verkaufen. Die zuständige Kripo-Sachbearbeiterin ist sehr nett, erinnert sich Mel. „Aber ich hatte nicht das Gefühl, dass da jetzt groß was passiert.“

Die Bandmitglieder geben sich damit nicht zufrieden. Sie wollen ihre Sachen wiederhaben. Akribisch tragen sie zusammen, was fehlt, und posten die Geschichte auf ihrem Bandprofil bei Facebook und in verschiedenen Onlineforen für Musiker. Für diejenigen, die sich mit Bandedquipment nicht so gut auskennen, lassen sie ein Plakat mit Abbildungen des Diebesgutes drucken, das sie an verschiedenen Stellen aufhängen. Sie schreiben Musikläden an, die mit gebrauchten Instrumenten handeln – in der Hoffnung, dass ein paar Leute wachsam sind. Sie kontaktieren Bekannte aus der Musikbranche im In- und Ausland und hängen mehrere Tage nur am Computer und am Telefon. Ihre Postings werden mehr als 700-mal geteilt. Innerhalb kürzester Zeit erreichen sie mehr als 100.000 Menschen. Der Radiosender Star.fm interessiert sich für ihre Geschichte, interviewt sie und spielt ihre Musik. Ihre Fans fiebern mit, tragen die Geschichte weiter, durchstöbern Ebay und sprechen Trost zu. Trotzdem muss Shirley Holmes ein Konzert absagen – ohne Equipment keine Musik.

Am Abend des vierten Tages dann der Durchbruch: Gleich zwei Hinweise kommen rein, die weiterhelfen. Einem Musikladen in Berlin war die gesamte Ausstattung angeboten worden. Ein Mann war mit dem Auto vorgefahren, hatte alles schon dabei. Auf einen Eigentumsnachweis angesprochen, verabschiedete er sich schnell und versprach, am nächsten Tag erneut vorbeizukommen. Er kam nicht wieder, doch die Mitarbeiter des Ladens konnten ihn gut beschreiben. Auch einer Berliner Band war

Ware angeboten worden. In diesem Fall hinterließ der Mann sogar eine Auflistung aller Gegenstände, die er zum Verkauf anbot. Seinen Vornamen und seine Handynummer hatte er handschriftlich ergänzt. Die Beschreibung seines Aussehens deckte sich mit der, die die Mitarbeiter des Musikladens gemacht hatten, die Liste mit dem, was der Band gestohlen worden war.

müssen. Er kam mit Verstärkung und Handschellen zurück.

Für Shirley Holmes brachte der Diebstahl mehr als eine Einsicht. „Die große Anteilnahme und die vielen guten Wünsche nehmen wir jetzt mit in unsere nächste Produktion“, sagt Mel. „Unsere Geschichte zeigt, dass man nicht immer alles auf sich

**WENN WIR UNS NICHT SELBST
DARUM GEKÜMMERT HÄTTEN,
HÄTTEN WIR UNSERE SACHEN
VERMUTLICH NICHT ZURÜCK-
BEKOMMEN.**



Und dann? Ein Freund rief die Nummer auf der Liste an und gab vor, am Kauf interessiert zu sein, da er sich ein neues Studio einrichten wolle. Er erfuhr, dass alles noch zu haben sei. Nach Rücksprache mit der Polizei vereinbarte er einen Besichtigungstermin, zu dem die Polizei einen Streifenwagen und einen Beamten in Zivil schickte, der mit in das „Verkaufsgespräch“ ging.

Die beiden schauten sich die Sachen an. Der Freund der Band hatte die Seriennummern der Instrumente auswendig gelernt – und schnell war klar, dass man fündig geworden war. Der Polizist in Zivil verabschiedete sich kurz unter dem Vorwand, ein Kabel zum Test der Geräte aus dem Auto holen zu

beruhen lassen darf. Wenn wir uns nicht selbst darum gekümmert hätten, hätten wir unsere Sachen vermutlich nicht zurückbekommen. Man muss selbst aktiv werden, und wenn alle mit anpacken und zusammenhalten, kriegt man ganz schön was geschafft.“ So klingt Courage, ganz zivil. ●



KATHARINA LOTTER ist Diplom-Wirtschaftsjuristin (FH) und arbeitet als freie Journalistin unter anderem für *Die Welt*. Bei der Recherche zur Geschichte über Eigeninitiative und das unvershämt Glück der Band Shirley Holmes lernte sie nicht nur etwas über Courage, sondern auch über tanzbare Musik. post@katharina-lotter.de

Die Kollegen von der *Welt* veröffentlichten am 27. September 2015 ihr letztes Interview mit Hans-Dietrich Genscher, das wir hier zu seinem Andenken nochmals dokumentieren. Genscher stützt darin Merkels Asylkurs: Flüchtlinge aus Ungarn nach Deutschland zu lassen sei etwas „sehr Schönes“. Ein wertegebundenes Europa müsse sich nicht vor Islamisierung fürchten und der Dialog mit Russland solle intensiver gepflegt werden.

Das Vermächtnis

Herr Minister, Ihr Name steht in Riesenlettern an Ihrer Tür. Genscher versteckt sich nicht.

Genscher: Warum auch? Mein Name, meine Adresse, meine Nummer standen immer im Telefonbuch. Auch als ich Außenminister war. Manchmal riefen Menschen aus der DDR an, die im Westen Verwandte besuchten und Rat suchten. Mir war es wichtig, für die Menschen erreichbar zu sein.

(...)

Sie flohen 1952 aus der DDR, später waren Sie Bundesinnenminister. Mit welchen Gefühlen blicken Sie auf Flucht und Flüchtlinge in diesem Jahr?

Meine Familie und ich haben erlebt, was Flucht bedeutet. Meine Frau floh als Kind mit ihren Eltern aus Schlesien ins Rheinland. Einige Jahre später ging ich aus Halle/Saale in den Westen. Am 20. August 1952 kam ich zusammen mit 3.000 Flüchtlingen aus der DDR in West-Berlin an.

Welchen Rat würden Sie einer Frau aus Syrien, einem jungen Mann aus Afghanistan, gerade in Deutschland eingetroffen, geben?

Ich hätte jedem, und zwar schon vor dem Aufbruch, gesagt: Ihr werdet in einer völlig anderen Welt ankommen. Stellt euch darauf

ein. Europa bietet für euch eine große Chance. Aber es wird nicht einfach. Wenn man an frühere Wanderungsbewegungen denkt, dann war es immer so: Die, die zu Hause blieben, waren oft die weniger Aktiven als die, die aufbrachen. Den Entschluss zu fassen, die Heimat aufzugeben, verlangt schon eine enorme innere Kraft. Da kommen jetzt Menschen zu uns, die etwas verändern, bewirken wollen. Das ist ohne Zweifel so. Genau darin lag auch einer der Gründe für die große Erfolgsgeschichte der USA. Es gehörte viel dazu, unter damaligen Verhältnissen Europa zu verlassen. Aber dieser Anpackgeist ist bis heute spürbar in Amerika – mehr als bei uns.

Ihre Stimme steht dafür, Grenzen zu überwinden. Sie haben im September 1989 den DDR-Flüchtlingen in der Bonner Botschaft in Prag die Ausreise verkündet. Fürchten Sie nun eine Abschottung der Nationalstaaten?

Die Konsequenzen der Globalisierung sind noch nicht gezogen worden. Früher gab es die „Dritte Welt“, und selbst das „Römische Weltreich“ war doch nur eine regional begrenzte Macht. Heute gibt es nur die eine Welt, in der Grenzen eigentlich nicht mehr geduldet werden. Allein die digitalen Bilder vermitteln jedem kleinsten Dorf in Afrika, wie wir in Europa leben, live und in Farbe.

Werden sich Europa oder Teile dessen abschotten?

Gefragt ist ein neues Denken, nicht Abschottung. Der Gedanke „Der Krieg in Syrien ist weit weg, geht uns nichts an“ ist gescheitert. Wenn einige EU-Staaten nun sagen „kein Thema, wir liegen nicht am Mittelmeer“, ist das egoistisch und verantwortungslos. Syrien lehrt uns, dass der Frieden dort auch unser Frieden ist. Deshalb brauchen wir eine Friedensinitiative von Staaten, die bereit sind, Verantwortung zu übernehmen. Das verlangt die Teilnahme der Ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates und auch vieler anderer. Der weise Mann weise nicht die einen zurück und rufe die anderen herbei, sondern wende sich an alle mit Verantwortung. Als es um die Lösung der Nuklearfragen mit Teheran ging, konnten schwierigste Fragen beantwortet werden durch Zusammenwirken, Moskau inklusive. Warum soll das mit Syrien nicht der Fall sein? Es geht darum, Flüchtlinge mit einer neuen Willkommenskultur aufzunehmen, aber es geht auch darum, Fluchtursachen zu beseitigen. Das heißt, Friedenssicherung weltweit! Das heißt auch: soziale Gerechtigkeit weltweit! Das sind die Herausforderungen unserer Zeit. Hier muss genauso gehandelt werden. Und zwar hier und jetzt und nicht irgendwann und irgendwo. Für



den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen gilt das auch.

War die Entscheidung der Bundesregierung, die Flüchtlinge aus Ungarn nach Deutschland hereinzulassen, epochal?

Das war eine große, wichtige, gute Entscheidung. Sie zeigt, dass wir uns der Verantwortung stellen. Aber die Flüchtlinge gehen nicht nur Deutschland, Österreich, Schweden etwas an, sondern alle Staaten in Europa, in der Welt.

Angela Merkel hat gesagt, wenn Deutschland sich entschuldigen müsse für ein freundliches Gesicht in Not, dann sei das nicht ihr Land.

Ich kann nachempfinden, was Frau Merkel

gesagt hat. Denn wenn Deutschland ein Land des guten Beispiels ist, dann ist das etwas sehr Schönes nach allem, was war in unserer Geschichte.

Sie haben mit Willy Brandt die Ostpolitik durchgesetzt, mit Helmut Schmidt dem Terrorismus die Stirn geboten, mit Helmut Kohl die Vereinigung Deutschlands erreicht ...

Vergessen Sie nicht den Nato-Doppelbeschluss. Halb mit Schmidt ...

... und halb mit Kohl. Hat Angela Merkel mit den Flüchtlingen nun ihren historischen Moment gefunden?

Sie hat schon in der Finanz- und Staatsschuldenkrise nicht gezuckt. Frau Merkel drückt sich wahrlich nicht vor Verantwortung.

Merkel sagt, es gebe keine Obergrenze für das Recht auf Asyl.

Sie hat recht. Für Menschlichkeit gibt es keine Grenzen, auch keine Obergrenzen.

Merkel verliert Zustimmung. Die CSU meutert gegen die Kanzlerin, auch in der CDU gibt es heftige Kritik. Liegt der Zenit der Macht hinter Merkel?

Nein, das glaube ich nicht. Es ist ihre Stunde, und sie wird sie meistern.

Verstehen Sie Menschen, die Angst vor einer Islamisierung haben?

Ein wertegebundenes Europa muss solche Ängste nicht haben.

Deutschland wird im Ausland für seinen Flüchtlingseinsatz gefeiert. Der

»

britische Politologe Anthony Glees sagt indes, Deutschland agiere „wie ein Hippie-Staat, von Gefühlen geleitet“.

Der Mann hat früher sicher Frau Thatcher gewählt, die im Übrigen auch gegen die deutsche Vereinigung war.

Der Terror des Islamischen Staates, die Ukraine, die Flüchtlinge – Merkel und Ihr Nachfolger Frank-Walter Steinmeier kommen aus den Krisen gar nicht mehr heraus. Machen sie ihren Job gut?

Frau Merkel und Herr Steinmeier übernehmen Verantwortung in sehr, sehr schwierigen Zeiten, und sie machen das klug. Ich sage das genauso für den Bundespräsidenten.

Wäre Steinmeier ein guter Bundespräsident?

Herr Steinmeier ist ein erfahrener und guter Außenminister, und er wäre gewiss auch ein guter Bundespräsident.

„Liebe Landsleute, wir sind gekommen, um Ihnen mitzuteilen“ ...

.....dass heute Ihre Ausreise in die Bundesrepublik Deutschland möglich geworden ist.“

Das riefen Sie im September 1989 in Prag vom Botschaftsbalkon. Das Wort „Ausreise“ wurde dabei von lautem Jubel untermalt. Geht Ihnen diese Szene noch manchmal durch den Kopf?

Sehr sogar. Ich war damals völlig unsicher, was mich dort erwarten würde. Würden die Flüchtlinge bereit sein, durch die DDR zu fahren? Was sind die passenden Worte? Noch nie hatte ich über eine so kurze Rede so lange nachgedacht. Heute kommt mir diese Szene noch häufig, wenn ich träume, in der Phase des Aufwachens. Das wühlt mich innerlich auf. Mit der Balkonszene werde ich wach. Ich trete dann immer wieder an die Steinmauer der Balustrade. Mir ging es gesundheitlich schlecht damals. Kurz zuvor, im Juli 1989, hatte ich einen Herzinfarkt. Ein Kardiologe sagte: Wenn Sie unbedingt nach Prag fliegen wollen, werden Sie's überleben. Ein anderer sagte: Wenn Sie sich zwingen hierzubleiben – vielleicht sterben.

Mal Klartext zu Russland heute, Herr Genscher: Betreibt Wladimir Putin eine reaktionäre Politik?

Nein. Putin ringt um die Position Russlands in einer neuen Weltordnung. 1990 waren Ost und West sich einig über die Charta von Paris für den großen Raum von Vancouver bis Wladiwostok. Wir sollten das 25 Jahre danach alle noch einmal gemeinsam versuchen und bekräftigen. Diese Charta von Paris eröffnete große Chancen. Eine neue gemeinsame Initiative sollte das nutzen.

Amerikaner und Osteuropäer drängen seit der Besetzung der Krim und der Ukraine-Krise auf einen harten Umgang mit Russland. Andere, Griechenland und Serbien etwa, feiern den Kreml. Deutschland gleicht aus. Ist das dankbar?

Wir wollen ein Europa der Kooperation und nicht der Konfrontation. Der Fall der Mauer beendete 1989/90 die Teilung Europas, das sahen damals alle so. Heute wollen einige die Teilungslinie gen Osten verschieben. Ich sage: Moskau gehört aber zu Europa.

Deutschland verhandelt permanent mit Russland.

Ohne Verhandlungen wäre Deutschland nicht vereint. Wie sonst, wenn nicht durch Verhandlungen, wollen wir die Probleme der Welt lösen? Auch mit Putin. Das ändert nichts daran, dass die Moskauer Politik in Bezug auf Krim und Ukraine nicht gebilligt werden kann. Ich begrüße es, dass Obama und Putin sich treffen wollen. Es ist besser als ungefragte Angebote deutscher Sprecher zum militärischen Einsatz in Syrien. Haben Sie vergessen, dass wir es nach dem Zweiten Weltkrieg weit gebracht haben mit einer Politik des Dialogs und der Zusammenarbeit?

Verstehen Sie die Angst in Osteuropa, wenn Deutsche und Russen gemeinsame Sache machen?

Wir wollen nicht gemeinsame Sache mit einem, sondern mit allen machen. Das ist die Sache Europas, des ganzen und unteilbaren Europas.

Hatten Sie mal Angst während Ihrer Amtszeit?

Als kleines Kind hatte ich einmal furchtbare Angst: Ich hing in einem Brunnen. Ich sehe noch heute meine kleinen Händchen an dieser Schwinge. Es gab eine Öffnung, in die hatte ich hineinklettern wollen, und bin abgerutscht. Zum Glück kam zufällig jemand vorbei, der helfen konnte. Eine solche Angst habe ich nie wieder erlebt.

In Ihrer politischen Karriere – nie?

Natürlich gab es Situationen, in denen ich mich fragte: „Ist das richtig jetzt?“. In solchen Momenten habe ich mich dann total zurückgezogen, um mich mit Menschen zu beraten, deren Urteil mir wichtig war – nicht nur Fachleute. Manchmal habe ich auch meine Frau und meine Mutter angerufen.

Wann gab es solch eine Situation?

Schrecklich war das Olympia-Attentat in München 1972, ich war damals Bundesinnenminister und auch Sportminister. Da rief ich meine Familie noch einmal an, bevor ich mich als Geisel zur Verfügung stellte. Ich sagte das nicht. Die Entscheidung musste ich allein fällen und verantworten. Aber ihre Stimmen, die meiner Frau, meiner Mutter und meiner Tochter, wollte ich doch noch einmal hören.

Sind Sie auch so ein TV-Serien-Fanatiker wie Barack Obama?

Nein. Ich muss Ihnen leider sagen, dass ich wenig Zeit hatte, Fernsehserien zu sehen.

Barack Obama sagt, er sei süchtig nach „House of Cards“.

Ich sehe, ich hätte doch amerikanischer Präsident werden sollen.

In jener TV-Serie werden die Politiker als ruchlos, intrigant, als Psychopathen dargestellt. Ist das realistisch? Muss man als Außenminister auch ein bisschen tricksen können?

Nein, was heißt denn tricksen? Sie müssen sagen, was Sache ist. Mir haben die Kollegen immer am meisten imponiert, die knallhart die Wahrheit gesagt haben.



Mir schreiben ständig Menschen, sie hätten in ihrem Verein eine Tombola und so gern einen Pullunder von mir – aber einen schon getragenen.

Sie haben manchmal sehr, sehr wolkig formuliert.

Wolkig ist erlaubt.

Ihr Parteifreund Rainer Brüderle löste 2013 mit einer Äußerung gegenüber einer „Stern“-Journalistin eine Sexismus-Debatte aus. Ging es früher lockerer zu, nicht ganz so politisch korrekt? Altherrenwitziger?

Ich bin kein Sachverständiger für Altherrenwitz. Nur für Witze.

Blättern Sie heute auch manchmal wie Ihr einstiger Kabinettskollege Norbert Blüm in Ihren alten Telefonbüchern und rufen ehemalige Weggefährten an?

Ja. Als Minister habe ich oft meine alten Schulspezies angerufen. Umgekehrt die

mich natürlich auch, sie sagten dann: Das war Scheiße, was du da gestern gesagt hast. Oder auch: Das war gut. Wichtig für mich, denn diese alten Kumpel waren unabhängig. Manchmal rufe ich heute alte Kollegen an, etwa in Frankreich oder Dänemark. Viele sind aber auch schon tot. Schewardnadse zum Beispiel habe ich oft angerufen. Mein gebildetster Freund jedoch war der polnische Außenminister Krzysztof Skubiszewski. Imponierend! Er brauchte nie eine Übersetzung, er sprach Englisch, Französisch, Deutsch, Russisch und Polnisch. Das kann ich nicht von mir behaupten.

Sie galten als Reiseweltmeister. Es gab diesen wunderbaren Witz: „Begegnen sich zwei Flugzeuge über dem

Atlantik und in beiden sitzt Genscher drin.“

Ja, die einzigen zwei Länder, die ich nie bereist habe, sind Australien und Neuseeland. Da war ich nie, da gab's halt nie Probleme. Ich bin privat alles andere als ein großer Reisender. Ich lernte die Welt als Außenminister kennen, es waren besondere Ziele, besondere Gesprächspartner, wenig Zeit. Einen Teil der Welt habe ich nur durch die Augen meiner Frau erlebt, wenn sie mich auf Dienstreisen begleitet hat und mir dann von ihren Erlebnissen erzählte. Heute reise ich am liebsten in meiner Heimat. Ich bin ein Deutschlandurlauber – ins Auto setzen, losfahren. Das ist komfortables Reisen für mich. Ich liebe die Ostsee!

Von all den Hotels, die Sie gesehen haben, wo waren Sie am liebsten?

Das Dorint-Hotel in Halle! Dort bin ich zu Hause. Ich mag den Direktor. Er hat etwas auf die Beine gestellt, und meine Heimat Halle/Saale bedeutet mir nach wie vor sehr viel.

Wir müssen noch über die FDP sprechen: Kommt die denn 2017 wieder ins Parlament?

Davon bin ich überzeugt.

Werden Sie dabei helfen?

Ja, aber gewählt werden diejenigen, die kandidieren. Man darf das mit der Hilfe nicht übertreiben. Die FDP hat mit Christian Lindner einen wirklich guten Griff gemacht. Ich werde helfen, soweit ich kann.

Wieder ein Wahlkampf im gelben Pullunder?

Sie glauben gar nicht: Mir schreiben ständig Menschen, sie hätten in ihrem Verein eine Tombola und so gern einen Pullunder von mir – aber einen schn getragenen! Ob der dann berochen wird? Ich weiß es nicht! Ich muss jedenfalls immer garantieren, dass er auch wirklich von mir getragen wurde!

Wie viele besitzen Sie denn, dass Sie so viele vergeben können?

Ich habe sie nie gezählt. ●

Hans-Dietrich Genscher ist tot

Ein Nachruf von Klaus Kinkel

Unzählige Nachrufe haben zu Recht sein politisches Wirken gewürdigt. Hinter dem erfolgreichen Politiker Hans-Dietrich Genscher verbarg sich aber vor allem ein dem Leben zugewandter, es genießender, liebenswerter Mensch, dem sein ungeheuer ereignisreiches Leben stets bewusst und präsent war. Er war neugierig, informationssüchtig, wachsam, vorsichtig abwägend und von einem unbändigen Willen zum Leben und Gestalten getrieben, konnte auch ein abwartender Zögerer sein, dann aber doch wagemutig. Genscher war sowohl emotional als auch rational gesteuert – bei ihm kein Widerspruch. Nach schwierigen Jugendjahren und vielen überwundenen Krankheiten empfand er es als Glück, nicht als Selbstverständlichkeit, was er in seinem langen Leben erreicht hatte, und war im Grunde bis zu seinem Tod in hohem Alter dafür dankbar. Er war stets von seinem unbeugsamen Willen und eiserner Energie geprägt – das Geheimnis dieses nun leider zu Ende gegangenen Lebens.

Seine Partei, die FDP, bedeutete ihm besonders viel; mit und in ihr lebte er. Ihr Schicksal beschäftigte ihn bis zu seinem Tod. Freunde waren ihm wichtig, sehr wichtig, er stand treu zu ihnen. Persönliche Bindungen vielfältigster Art hat er geduldig und verständnisvoll, oft helfend gepflegt. Die größte Rolle spielte für ihn seine Familie – seine Frau Barbara, seine Tochter Martina und seine Enkelkinder. Dies weiß ich persönlich aus unzähligen Gesprächen und Begegnungen, bei denen bei uns beiden oft die Großvaterrolle Thema war; da gäbe es viel zu erzählen. Er brauchte die Geborgenheit der Familie. Seine Heimatstadt Halle an der Saale und Reideburg, sein Geburtsort, waren ihm geradezu heilig.



Der ehemalige Außenminister und FDP-Vorsitzende Klaus Kinkel erklärt, warum sein Amtsvorgänger Hans-Dietrich Genscher nicht nur politisch, sondern auch menschlich ein Ausnahmetalent war.

Natürlich wollte Hans-Dietrich Genscher den Erfolg, brauchte Anerkennung, auch Lob; ja, er wollte geliebt werden. Sein ganzes Denken und Handeln galt der *res publica*, den Menschen, ihren Sorgen und Nöten, ihrem Wohlergehen und wie er dazu beitragen konnte, dieses zu sichern und zu mehren. Stets wollte er nah an den Menschen sein, wollte wissen, was das Volk bewegte. Immer wieder sagte er: „Nichts ist so mächtig wie eine Idee, deren Zeit gekommen ist.“

Ich habe den Menschen Hans-Dietrich Genscher vor allem in schwierigen Krisensituationen schätzen gelernt; bei den schrecklichen Ereignissen während der Münchner Olympiade; in der RAF-Zeit, nach der Ermordung seines engen Mitarbeiters Gerold von Braunmühl; beim Tod seiner geliebten Mutter; später auch bei manch notwendigem Krankenhausaufenthalt, von dem die Rückkehr in das von ihm so sehr genossene Leben nicht mehr sicher war. Man konnte in solchen Situationen seine innere Erregung spüren; trotzdem bewahrte er Übersicht, Ruhe und bemerkenswerte Haltung.

Ich selbst bin 1969 zu Hans-Dietrich Genscher gestoßen, als ich – wie er später immer gerne erzählt hat – ihm im Bundesinnenministerium durch Nicht-Mitzeichnen einer Ministervorlage, mit der ich nicht einverstanden war, aufgefallen war; ihm gefiel das. Er akzeptierte und brauchte als Vorgesetzter und im persönlichen Bereich Widerspruch, war aber immer harmoniebedürftig – Zank irgendwelcher Art lag ihm nicht. Sein Leben war in allen Bereichen auf Konsens ausgerichtet.

**Hans-Dietrich Genscher wird nicht nur in der Politik fehlen.
Die Familie hat ihren Mittelpunkt verloren, viele von uns einen guten Freund.**



BELESEN

DIE LIBERAL-REDAKTION EMPFIEHLT

Eine „kurzweilige Tour d'Horizon durch die Geschichte der Bundesrepublik“ verspricht der Klappentext. Das Konzept ist einfach: Man setze zwei verdiente, miteinander gut bekannte Menschen an einen Tisch, stelle gelegentlich gesprächsleitende Fragen, lasse die beiden ansonsten ungestört miteinander reden und fasse das Ganze dann in Buchform zusammen. In diesem Fall ist das sehr gelungen, nicht zuletzt, weil Gerhart Baum und Burkhard Hirsch ihre Schilderungen der Vergangenheit nicht mit besserwisserischem „Hätten die doch mal lieber ...“ versehen, sondern den Blick immer noch fest auf „Deutschland von seiner liberalen Seite“ als Ziel gerichtet

haben. Die politische Einordnung der beiden ist Geschmackssache – ob nun linksliberal, sozialliberal, bürgerrechtsliberal oder einfach liberal. Ihre Lebensleistung für die Grundfesten einer liberalen Bürgergesellschaft, für Freiheit und Menschenwürde ist gewaltig, und sie wird auf jeder einzelnen Buchseite spürbar, fast greifbar. Man sieht beim Lesen die beiden fast vor sich. „Hat der Liberalismus eine Zukunft?“ heißt der Titel des letzten Gesprächskapitels. Man klappt das Buch zu und denkt: So? Keine Frage!

Thomas Volkmann

BURKHARD HIRSCH, GERHART BAUM
DER BAUM UND DER HIRSCH
Propyläen, 272 Seiten, 22 Euro



Der Band „Gesichter des Bösen“ ist eine Galerie des Grauens. Heribert Prantl nennt es in seinem Geleitwort „eine harte Lektüre“. Vorgestellt werden die Verbrecher des 20. Jahrhunderts, sortiert nach ihrem Geburtsdatum, und es sind vor allem politische Verbrecher: die Hitlers, Stalins und Menges, aber auch die Al Capones und Abu Nidals. Über die Notwendigkeit eines solchen Kompendiums kann man streiten, sicher auch über die Auswahl der Maßstäbe, die zur Aufnahme in diese Walhalla des Schreckens berechtigen. Dennoch hat das Buch seinen Wert, weil es eben keine freihändige Zusammenstellung ist, sondern klar benennt,

warum wer in diese Horrorsammlung aufgenommen wurde. Wer sich durch die Kurzbiografien dieser Täter jeglicher Couleur durchgearbeitet hat, kommt zu einer Erkenntnis, die in dem Band selbst gar nicht angesprochen wird, die aber dennoch ausgesprochen bemerkenswert ist: Unter den großen Verbrechern des 20. Jahrhunderts findet sich weder eine Frau noch ein Liberaler.

Boris Eichler

TILL ZIMMERMANN, NIKOLAS DÖRR,
HERIBERT PRANTL
Gesichter des Bösen — Verbrechen und
Verbrecher des 20. Jahrhunderts
Donat, 288 Seiten, 19,80 Euro





Mehr Rückgrat zeigen

// TEXT // WOLFGANG GERHARDT

Es gibt eine beträchtliche Drift in unserer Gesellschaft, in der ein Vokabular gepflegt wird, das sich in bedenklicher Weise dem zerstörerischen Vokabular der Weimarer Republik nähert. Es ist ein antiparlamentarisches, auch antiwestliches Ressentiment zu spüren. Die Parteien werden herablassend als Altparteien diffamiert, bekommen erneut all die Vorurteile ab, die wir von Kurzdenkern aus der Geschichte unseres Landes zur Genüge kennen.

Der Kabarettist Dieter Nuhr hat aus diesem Konglomerat einen Typus herausgepickt und anschaulich beschrieben: Dieser Typus hält die Herrschenden für doof, sich selbst selbstverständlich für schlau und gut, aber machtlos. Er beschwert sich über die Gier der anderen, hält allerdings das eigene Verlangen für überaus berechtigt und stellt fest: „Warum weiß ausgerechnet ich immer, wo es langgeht?“

Es gibt eben viele Menschen, die eine recht aufgeblähte Einstellung zu sich selbst haben. Sie fühlen sich überall benachteiligt, ihr Frust über andere, gegebenenfalls Erfolgreichere, ist fast körperlich zu spüren. Nur bei der Verteilung des Verstandes beklagen sie sich nicht. Davon, so sind sie überzeugt, hätten sie selbst ausreichend und genügend mitbekommen. Und den muss sich ihr Wellensittich anhören, sofern sie nicht direkt ins Internet gehen.

Viele dieser Menschen, die alles besser zu wissen glauben, sind inzwischen Teilnehmer einer neuen Bewegung. Die Medienlandschaft wollte sie entzaubern. Unzählige Einladungen auf das Fließband der wöchentlichen Talkshows sind an diejenigen ergangen, die

von der Lügenpresse sprechen. Sie hatten dann Gelegenheit, ihre Argumente dem eigenen verschwörungsaffinen Publikum näherzubringen. Entzaubert worden sind sie bisher nicht. Die Versuche werden aber fortgesetzt.

In der öffentlichen Diskussion entstand ein schwungvoller Etikettenhandel mit Aufklebern wie „Pack“ oder wahlweise „Nazis“, so als ob sich eine Brandmauer mit Brandmarken ziehen lassen könnte – nach dem Motto: mit denen diskutiert man nicht. Man diskutierte aber dann doch und zeigte, dass es mit der eigenen Souveränität und dem eigenen Selbstvertrauen nicht zum Besten steht. Ganz zu schweigen von dem Angebot eines Parteivorsitzenden, der Behauptung „den Flüchtlingen gibt man nahezu alles und mir viel zu wenig“ mit einer gewissen Milliardensumme im Bundeshaushalt zu begegnen. Als ob sich tiefes Ressentiment mit Geld beseitigen ließe. Die Koalition sollte sich diese Methode auch für andere Fälle als Patent sichern. Misere-Formulare können ausgefüllt und als Anträge eingereicht werden.

Nun, nachdem Vertreter neuer politischer Steckpferdreiter gegen Flüchtlinge, gegen den Islam, gegen was demnächst auch immer in Landesparlamenten anzutreffen sind, will man sie aber endgültig und wirklich und diesmal jetzt richtig in der Sache stellen. Das ist löblich, verspricht aber keine aussichtsreiche Wirkung, wenn man selbst nicht so recht zu wissen scheint, wie man das anstellen soll. Vor allem dann, wenn man nicht entschieden und mutig und mit Überzeugung die Grundlagen der eigenen Ordnung, die Quellen der

Freiheit, den zivilisatorischen Wert unseres Grundgesetzes, unserer Rechtskultur, das Parlament, die Parteien, europäische und internationale Zusammenarbeit vertritt und doch eher zurückweicht, wenn es gilt, Menschen wieder und wieder mit der Komplexität der Verhältnisse vertraut zu machen.

Der kürzlich verstorbene Historiker Fritz Stern hat uns Deutschen ein Stück Zufriedenheit über das Erreichte empfohlen. Aus einer Vielzahl von Erfolgen deutscher Politik, an denen die so oft gescholtenen Parteien im Übrigen einen großen Anteil haben, greife ich seiner Empfehlung folgend zwei heraus: das Grundgesetz und die Wiedervereinigung Deutschlands und damit auch Europas.

Nach der größten Katastrophe der deutschen Geschichte haben sich Vertreter aus der Gesellschaft und Vertreter von Parteien zusammengefunden, um Deutschland eine neue Verfassung zu geben. Die Debatten waren streitig. Viele kämpferische Kompromisse waren notwendig, was heutzutage viele ablehnen. Und diese neue deutsche Visitenkarte ermöglichte einem geschlagenen Land die Rückkehr in die internationale Völkergemeinschaft. Theodor Heuss hat auf die Frage, was nach seiner Auffassung die eigentliche Bedeutung des Grundgesetzes sei, erwidert: die Versöhnung der politischen Eliten Deutschlands mit den parlamentarischen Systemen des Westens. Jürgen Habermas hat dies in eigener Formulierung als die eigentliche intellektuelle Leistung der Nachkriegszeit bezeichnet. Bis dahin galt das nahezu alles als undeutsch. Es gibt leider viele Denkmale, die das auch heute noch so sehen. Es ist allerhöchste Zeit, aus dem politischen Bodenturnen herauszukommen und unsere Gesellschaft mit den tatsächlichen Notwendigkeiten zu konfrontieren und Überzeugungen zu kommunizieren. Die politische Reife einer Gesellschaft besteht darin, begangenes Unrecht zu erkennen, aber auch zu sehen, wie es überwunden werden konnte, und zu wissen, was zu tun ist, damit es sich nicht wiederholt. Sie muss eine Reihe von Voraussetzungen beachten, die gegen manche menschliche Natur gerichtet sind, wie Joachim Fest schrieb. Respekt vor Minderheiten, ein Auge für die Schwächeren zu haben, ganz besonders auch für die Fremden. Eine Mehrheit darf eben nicht alles. Wir sind das, was wir tun. Vor allem sind wir aber auch das, was wir gerade nicht tun.

In diesem Frühjahr ist Hans-Dietrich Genscher verstorben. Die Geschichte braucht oft anstrengende Veranstaltungen und eine lange Zeit, um manchmal nur relativ wenig zu erreichen. Manchmal erreicht sie aber auch Großes. Dieser Mann hat zu Recht die vielen Würdigungen, die er zu Lebzeiten erhalten hat und die auch nach seinem Ableben in Gesprächen und in Gedrucktem zu hören und zu lesen waren, verdient. Was aber alle Laudatoren nicht vergessen sollten: Hans-Dietrich Genscher war ein Politiker, der einer Partei

angehörte. Der zu kämpfen hatte. Als die FDP eine neue Deutschlandpolitik entwarf, wurde er als Vaterlandsverräter und Verzichtspolitiker beschimpft. Die FDP erreichte damals mit dem Spitzenkandidaten und späteren Bundespräsidenten Walter Scheel knapp den Deutschen Bundestag. Sie musste mit ihrer ganzen Existenz dafür kämpfen, dass eine neue Öffnung zu unseren osteuropäischen Nachbarn stattfand. Die von Walter Scheel verhandelten Verträge mit Warschau, mit Prag und mit Moskau waren heftig umstritten, auch von der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Helsinki wurde anfangs nicht viel erwartet. Warum argumentieren, wenn diffamieren viel einfacher ist, war auch schon damals bei vielen en vogue.

Schließlich wurde das Erhoffte, aber kaum mehr Geglaubte wahr: Der Zwei-plus-Vier-Vertrag kam nach dem Fall der Mauer in 392 Tagen zustande. Die sowjetischen Soldaten wurden abgezogen, die Mittelstreckenwaffen beseitigt, über die weitere Begrenzung von Waffensystemen Einvernehmen herbeigeführt, und das alles, ohne dass ein einziger Schuss fiel. Manche sagen, das sei ein Wunder gewesen. Dann muss aber hinzugefügt werden, dass dieses Wunder nur zustande kam, weil die von vielen so herablassend und oft schnöde behandelten Parteipolitiker, in diesem Fall Hans-Dietrich Genscher, Kraft, Ausdauer und Selbstvertrauen hatten und das Gegenteil all der Patentrezepte anwandten, die heute viele mit ihrer Aversion gegen Politik und Parteien empfehlen.

Nun erleben wir alle Freiheit, Ostdeutsche ebenso wie Westdeutsche, die sie schon länger erleben konnten. Dieses Freisein oder die Chance zur Freiheit ist das, was Menschen im Kern brauchen und nach dem sich noch so viele auf der Welt sehnen. Wenn wir sie bewahren wollen, gehört dazu eine selbstreflexive Vernunft, das heißt, eine Einsichtsfähigkeit in die Bedingtheiten des Freiseins, und die wird gegenwärtig in Deutschland unendlich strapaziert. Es gibt zu viele Menschen, die glauben, sie hätten schon alle Antworten auf alle Fragen. Das ist nicht nur dumm, sondern gefährlich. Wir sollten die Courage aufbringen, das solchen Schlaumeiern gelegentlich auch persönlich zu sagen. Das Urteilsvermögen vieler hat bisher schon beträchtlich gelitten. ●



DR. WOLFGANG GERHARDT
ist Vorsitzender des Vorstands
der Friedrich-Naumann-
Stiftung für die Freiheit und
Herausgeber von *liberal*.
redaktion@libmag.de



„HINREICHEND FORTSCHRITTLICHE TECHNOLOGIE IST VON MAGIE NICHT ZU UNTERSCHIEDEN ...“

ARTHUR C. CLARK

Dieser Satz stimmt nicht nur für die exotischen Science-Fiction-Welten, die sich Arthur C. Clark ausgedacht hat, sondern ist auch auf den grauen, realen Alltag unserer Erde anwendbar. Natürlich ist ein Hubschrauber etwa für einen Indianerstamm im Amazonas-Becken kein Transportmittel, sondern eine Gottheit oder ein Dämon, auf jeden Fall etwas Übernatürliches. Viel erstaunlicher ist aber, dass dieser Satz auch auf moderne Gesellschaften wie in Deutschland zutrifft, wo Hubschrauber nicht für Götter gehalten werden, sondern teuer versicherte Fluggeräte sind.

Es ist ein eigenartiges Phänomen, das in unseren Wissensgesellschaften auftritt: Trotz besseren Wissens weigern sich Menschen, menschengemachte Technik zumindest in Grundzügen zu begreifen, bevor sie sich dagegen aussprechen. Man verschließt die Augen, um die „hinreichend fortschrittliche Technologie“ nicht von Magie unterscheiden zu können. Das ist eine aktive Entscheidung hin zum Nichtwissenwollen. Und damit ganz nebenbei auch eine sehr ungewöhnliche Auslegung der großen Forderung der Aufklärung, die wahre Freiheit erst möglich macht: Habe den Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen. In der Nichtwissenwollen-Variante soll der Verstand ja gerade wenig bedient werden.

Und das ist der eine entscheidende Unterschied zum Amazonas-Stamm: Dieser hat keine Möglichkeit

zu durchschauen, dass die angebliche Magie menschengemachte Technik ist. Der Technikgegner hingegen sehr wohl, er ist aber lieber damit beschäftigt, eben diese Tatsache zu verdrängen. Da, wo menschlicher Erfindergeist am Werk ist, will er böse Zauberei sehen, die es zu bekämpfen gilt.

Von dieser Form der Magiegläubigkeit wider besseren Wissen ahnte Arthur C. Clark noch nichts, als er seinen Satz formulierte. Der deutsche Technikgegner will sich gruseln, und dafür ist es notwendig, möglichst wenig über das Objekt des Grusels zu wissen. Gleichzeitig nutzt er für die Verbreitung seines Protestes die moderne Technik, gegen die er zu Felde zieht. Mit Blick auf Deutschland würde Arthur C. Clark seinen Satz wohl umformulieren müssen: Jede hinreichend fortschrittliche Technologie ist verdächtig und gehört verboten, soll einem aber bitte schön trotzdem das Leben erleichtern.

Mehr Freiheitszitate: www.freiheit.org/zitate



Gideon Böss, 33, lebt als Schriftsteller in Berlin. Für sein aktuelles Buch „Deutschland, deine Götter – unterwegs zu Kirchen, Tempeln, Hexenhäusern“ war er ein Jahr lang überall unterwegs: zu Kirchen, Tempeln und Hexenhäusern.
gideonboess@gmail.com

Foto: privat



„LIBERAL IST
DAS MAGAZIN
FÜR SELBSTDENKER.
ES BEKENNT SICH ZU
FREIHEIT, FAIRNESS
UND FORTSCHRITT.“

WOLFGANG GERHARDT

Herausgeber liberal

liberal bittet Freigeister wie
Vince Ebert, Jan Fleisch-
hauer, Wladimir Kaminer,
Necla Kelek, Harald Marten-
stein, Terry Pratchett, Christian
Ulmen und Wolfram Weimer
in die Arena.

liberal ist laut Leserpost ein
„intelligentes und mit spitzer
Feder geschriebenes,
exquisites Magazin“.

liberal wird herausgegeben von
der Friedrich-Naumann-Stiftung
für die Freiheit.

liberal
DEBATTEN ZUR FREIHEIT

Kostenfrei abonnieren

BESTELLUNG AN: *liberal*-Aboservice
Dienstleistungen COMDOK GmbH
Eifelstraße 14 • 53757 Sankt Augustin
per Fax: +49 (0) 2241/34 91 11 | per E-Mail: abo@libmag.de

Online-Bestellung: www.libmag.de oder QR-Code scannen

☐ Ich hätte gerne ein **Gratis-Abo** (inkl. Porto und Versand)

Ich bin damit einverstanden, dass die Daten elektronisch gespeichert werden, um von der
Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit auf weitere Aktivitäten aufmerksam gemacht
und über ihre Arbeit informiert zu werden. Wenn diese Mitteilungen nicht mehr gewünscht
sind, wird die Stiftung dies nach entsprechender Mitteilung beachten (§28, Abs. 4 BDSG)

Vorname Name _____
Straße Nr. _____
PLZ Ort _____
Telefon _____
E-Mail _____

Erscheint 6x im Jahr | Auch als kostenfreie APP



Die neue Online-Heimat der Freiheit.

Freiheit.org



Besuchen Sie uns unter
www.freiheit.org

Die neue Website der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit – wir freuen uns auf Ihren Besuch!

- Optimierte für Tablet, Smartphone und Desktop
- Großer Bereich für Stipendiaten
- Übersichtliche Darstellung von Nachrichten, Meinungen und Analysen
- Mit einem Klick zu unseren Veranstaltungen
- Viele Themenseiten, u.a. zu Migration, TTIP und Internationaler Politik

